

Er scheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M. viertel-  
jährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gespaltene Zeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 18 :. 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 18, Bröden-  
straße 106 :. Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 5. Mai 1911

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Das  
Wirtschaftsjahr 1910 unter besonderer Berücksichtigung der  
Sattler- und Lederwarenwirtschaft in Deutschland — Anti-  
sozialpolitik der Handelskammern. — Die Handelskammern  
und die Reichsfinanzreform. — Lehrreiche Zahlen. —  
Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. —  
Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. —  
Soziales. — Rechtsprechung. — Rundschau. — Die betriebl.  
— Bücherchau. — Adressenänderungen. — Feiern und  
Festender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 7. bis 13. Mai ist  
der 19. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger  
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im  
Rückstand ist, kann seinerlei Unterstützung aus  
der Verbandskasse erhalten.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**

Die Kollegen werden in ihrem eigenen  
Interesse eruchtet, bei Arbeitsaufnahme in anderen  
Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsver-  
waltung zu erkundigen.

Hamburg ist für Geschirrsattler gesperrt.

Spandau. Bei der Firma C. Billep  
scheiden die Militärsattler wegen Nichtanerken-  
nung des Berliner Tarifs im Streik.

Köln. In der Wagen- und Automobi-  
lfabrik von Kievernagel in Brühl b. Köln sind  
Lohn Differenzen ausgebrochen. Im Rheinischen  
Karosseriewerk (Papler u. Sohn) befinden sich  
die Sattler in einer Lohnbewegung. Der Streik  
in der Waggonfabrik Herbrand u. Co. dauert  
unverändert fort.

Köln. In der Dreibriemenfabrik von  
Bick stehen die Sattler in einer Tarifbewegung.

Von allen obengenannten Orten ist der Zu-  
gang streng fernzuhalten.

**Das Wirtschaftsjahr 1910 unter be-  
sonderer Berücksichtigung der Sattler-  
u. Lederwarenindustrie Deutschlands.**

Die Wiederbelebung des Weltmarktes  
spiegelt sich in den Ein- und Ausfuhrziffern  
wieder. Danach hat der deutsche Außen-  
handel in Ein- und Ausfuhr stark zugenommen.  
Die Einfuhr hob sich dem Gewicht nach von 630  
auf 645 Millionen Doppelzentner, die Ausfuhr,  
die geradezu glänzend gewesen ist, stieg  
von 488 auf 542 Millionen Doppelzentner. Der  
Wert stieg bei der Einfuhr von 8,860 auf  
9 Milliarden Mark, bei der Ausfuhr von 6,859  
auf 7,636 Milliarden Mark. Bei der Steige-  
rung der Ausfuhr spielen die landwirtschaft-  
lichen Erzeugnisse eine wichtige Rolle, es nehmen  
jedoch auch sämtliche Gruppen der gewerblichen  
Tätigkeit daran teil.

Der frächtige Konjunkturanstieg im  
Jahre 1910 wird auch durch die erzielten Ueber-  
schüsse der Aktiengesellschaften be-  
stätigt. Mit Reingewinn schlossen nämlich im  
letzten Geschäftsjahre 3046 Gesellschaften mit  
einem Aktienkapitale von 10,20 Milliarden  
Mark ab gegen 3037 mit einem Kapitale von  
9,62 Milliarden im Jahre vorher. Einen Ver-  
lust verzeichneten 1908/09 574 Gesellschaften mit  
882,19 Millionen, 1909/10 565 Gesellschaften  
mit 646,93 Millionen Mark Aktienkapital. Die  
Summe der Gewinne ist von 1908/09 auf  
1909/10 um 128,44 Millionen Mark oder um  
10,7 Proz. in die Höhe gegangen. Die Summe  
der Verluste nahm um 9,8 Proz. ab, so daß sich  
der Ueberschuß um 13 Proz. heben konnte.

Auch das Anwachsen der Streiks und Aus-  
sperrungen kann als Zeichen aufsteigender Ge-  
schäftskonjunktur bewertet werden. Nach den  
amtlichen Ermittlungen wurden geführt:

**Streiks:**

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der be- troffenen Berufe	Zahl der Streikenden	Die Streiks hatten		
				einen vollen Erfolg	einen teilweil. Erfolg	keinen Erfolg
1909	1587	4811	96925	288	520	784
1910	2109	8269	154098	409	905	795

**Ausperrungen:**

Jahr	Zahl der Aus- sper- rungen	Zahl der be- troffenen Berufe	Zahl der Aus- gesperrten	Die Aussperrungen hatten		
				einen vollen Erfolg	einen teilweil. Erfolg	keinen Erfolg
1908	115	1740	22024	47	59	9
1910	1121	10881	217194	122	944	55

Diese Statistik hat, worauf wir ausdrück-  
lich aufmerksam machen, keinen Anspruch auf  
absolute Richtigkeit. Denn in jedem Jahre muß  
die Generalkommission der Gewerkschaften  
Deutschlands sich der unangenehmen Aufgabe  
unterziehen, die amtlichen Zahlen weisentlich zu  
korrigieren.

Als weiterer Maßstab steigender Kurve im  
Wirtschaftsleben Deutschlands gilt die Roh-  
eisenproduktion. Sie betrug in Tonnen 1907  
13 045 760, 1908 11 813 511, 1909 12 917 653,  
1910 14 793 325.

Es geht nun nicht an, den Stand aller  
Industriezweige in unserem Organ eingehend  
zu besprechen, wir müssen uns daher mit der  
Konstatierung begnügen, daß alle Gewerbe, die  
am Export beteiligt sind, einen günstigen Auf-  
schwung zu verzeichnen hatten, dagegen die von  
der Reichsfinanzreform betroffenen erheblichen  
Schaden erlitten haben. Auch das Baugewerbe  
wurde durch die vorjährige Aussperrung der  
Baugewaltigen arg benachteiligt.

Mit regem Interesse verfolgen wir die  
Publikationen über den Stand der Sattler-  
und Lederwarenerzeugung, vor-  
nehmlich die der Offenbacher Handels-  
kammer, in deren Bereich über 4500 unserer

Berufsgenossen erwerbend tätig sind, um daraus  
die Geschäftslage der Leder- und Lederwaren-  
industrie nach Möglichkeit zu erkennen. Aber  
nicht nur für die dort anässigen Sattler und  
Portefeuillier sind die jährlichen Berichte von  
Bedeutung, auch die Kollegenchaft im Lande  
will Kenntnis haben, ob der Barometer der  
Geschäftskonjunktur steigende oder fallende  
Tendenz zeigt.

Mit einer gewissen Benugnung stellen wir  
fest, daß es der Offenbacher Lederwaren-  
industrie möglich war, die erste Stelle im Wett-  
bewerb mit dem Auslande zu behalten. Die  
Ausfuhrziffern sind erheblich gestiegen und was  
die Qualität und Muster anbelangt, kann  
Wien und Paris als gefahnen gelten. In  
dieser Richtung kann nichts ändern, daß jetzt in  
Offenbach eine Unmenge Lederwaren hergestellt  
werden, zu der kein Leder verwendet wird. Eine  
andere Frage ist es allerdings, ob diese minder-  
wertigen Erzeugnisse den guten Weltruf der  
Offenbacher Lederwarenindustrie auf die Dauer  
erhalten können. Es ist doch klar, werden  
billige und einfach gehaltene Artikel den besseren  
oder gar künstlerisch ausgeführten bezogen,  
der berufliche Nachwuchs nicht in genügendem  
Maße herangebildet werden kann, er dann im  
Bedarfsfalle nicht vorhanden ist. Die Herren  
Fabrikanten haben also in ureigenem Interesse  
alle Veranlassung, der Ausbildung der Lehr-  
linge mehr Gewicht beizulegen und dies ver-  
antwortliche Gebiet nicht den Zwischenmeistern  
zur Ausbeute zu überlassen, um sich nicht von  
der Lederwarenindustrie der Vereinigten  
Staaten Amerikas überflügeln zu lassen,  
deren Ausfuhr von Lederwaren aller  
Art im Steigen begriffen ist, und zwar von  
18 Millionen Dollars im Jahre 1908 auf 20 1/2  
Millionen im Jahre 1909 und 26 Millionen im  
Jahre 1910.

Ueber die Gestaltung der Lederwaren-  
industrie sagt der Offenbacher Bericht:

„Am günstigsten war von der gesamten Leder-  
branche im Berichtsjahr wohl die Industrie feiner  
Lederwaren und der Reizeartikel gestellt. Während  
im Frühjahr 1909 die Geschäfte noch schlecht gingen,  
begann das Jahr 1910 sofort mit guten Ausichten.  
Die politische Lage begünstigte ruhige Arrangements  
für das kommende Geschäftsjahr. Die Mode blieb  
den Damentaschen aller Art weiter günstig und  
konnten sofort im Frühjahr infolge des guten Ver-  
kaufs des Weihnachtsgeschäftes 1909 größere Posten  
in Auftrag gegeben werden. Arbeitskräfte fanden  
sich zur Genüge. Doch besteht immer noch  
Mangel an Arbeitern, die Qualitäts-  
waren befriedigend anfertigen kön-  
nen. Die Arbeiterschaft zeigt eben  
hierzu kein Versehen, da die Massen-  
anfertigung billiger Sorten bereits  
einen guten Verdienst abwirft.“

Die Handelskammer ist hier ein Opfer irr-  
tümlicher Benachrichtigung. Die Arbeiter sind  
im Gegenteil eifrig bestrebt, bessere Waren an-  
zufertigen, aber die Herren Unternehmer  
forzieren mit Vorliebe „Warenhausartikel“. Die

Arbeiter können sich nicht die Arbeit aussuchen. Sie müssen also die ihnen angebotenen Artikel anfertigen. Der im Bericht enthaltene Vorwurf richtet sich also an eine andere Adresse.

Es heißt dann weiter:

Als Risikofaktor in der letzten Zeit die aber große Variabilität der Wälder hervorgerufen. Die Wanderschaft wird immer anspruchsvoller und verlangt in jedem Monat neue Sorten in neuen Formen. Die kostspieligen Winterfortimente belaufen natürlich die Fabrikation ganz bedeutend. Diese wechselnde Mode hat aber noch einen anderen Risikofaktor im Gefolge. Die Wägelabriken, die natürlich von der Sucht nach Neuheiten genau so abhängig sind wie die berichtende Branche, können dem Formwechsel namentlich in billiger und mittlerer Ware nicht so rasch, wie es das Publikum verlangt, folgen. Nach den Berichten einzelner Firmen waren daher längere Lieferungsfristen nichts außerordentliches. Von Portefeullerfabrikanten ist es auch unmöglich, bei der stetig wechselnden Mode der Formen den etwa zu benötigenden Wägelvorrat auf Lager zu halten, da der ständige Wechsel dies zu riskant erscheinen läßt. Trotz eingeleiteter Ueberstunden konnten daher die für 1910 im Auftrag erhaltenen und bereits halbfertigen Waren zu einem großen Teile im Berichtsjahr nicht mehr geliefert werden. Man glaubt auch kaum, diesen Risikofaktor im neuen Jahr ganz beseitigen zu können.

Was die Arbeitslöhne anbetrifft, so kann auch hier über eine beträchtliche Steigerung für das Jahr 1910 berichtet werden. Namentlich machten die Wälder und Wochenlohnarbeiter behändig höhere Ansprüche. Die Arbeiter verlangten es, die zahlreichen Neuabstellungen von Fabriken geführt zu einer Höherbewertung der Löhne auszunutzen.

Der Absatz gestaltete sich im ganzen besser wie im Vorjahre. Deutschlands Export in Sattler- und Täschnerwaren liegt im Berichtsjahr von 50 153 Doppelzentnern im 1909 auf 59 348\*) Doppelzentnern. Wenn auch diese Summenziffern nicht erkennen lassen, welchen Wert und Umfang unser Fell- und Lederwarexport hatte, so ist der Schluß, daß gerade diese Produkte an der Steigerung der Ausfuhr einen wesentlichen Anteil haben, ohne Zweifel zulässig. Im einzelnen bleibt über die verschiedenen Absatzgebiete folgendes zu sagen:

Zur Inland war das Geschäft ebenso gut, eher noch etwas besser wie im Vorjahre und beruhte im Bedarf ein Zug nach besseren Artikeln vor. Eine große Ausbeutung hat der Umsatz mit den Warenhäusern angenommen, ein Geschäft, das jedoch nur mit beschränktem Nutzen zu machen ist. Günstig für die Portefeullerbranche war das durch die Mode beeinflusste Bedürfnis der Damen, zugleich mehrere Taschen, zu den Kleibern und zu verschiedenen Gelegenheiten wie zu Einkäufen, Gesellschaften, Festen usw. passend, zu besitzen. Demgemäß war auch das Weihnachtsgeschäft 1910 ein flottes und sind größere Nachbestellungen für das Frühjahr eingegangen. Nach England hat sich der Export im Berichtsjahre bedeutend verbessert. Die Nachfrage nach besserer Ware war allgemein. Man hatte vor den Neuwahlen 1910 Befürchtungen gehegt, daß ein Zolltarif für Portefeullerartikel auch dort eingeführt werden könnte. Auch die Befürchtungen, die sich an den Tod König Eduards knüpfen, die Hauptkasson in London würde hierdurch sehr Not leiden, haben sich nicht bestätigt. Auf etwa der gleichen Höhe wie im Vorjahre hielt sich der Umsatz nach Australien und Neuseeland. . . . Was Canada anbetrifft, so sind inzwischen die hohen Differenzgölle abgeschafft worden und hofft man für 1911 auf ein besseres Geschäft. Freilich haben sich in den letzten Jahren die nordamerikanischen Fabrikanten sehr stark auf diesen Markt geworfen und hat man in Canada selbst begonnen, eine große Anzahl Artikel, namentlich Reiseartikel, zu fabrizieren. Der Absatz nach Frankreich ist im Berichtsjahr sehr erschwert worden und hat sich gegen das Vorjahr ganz bedeutend vermindert. Die Pariser Fabrikanten der Branche beherrschen den Markt fast vollständig. . . . Nach Russland ist ein größeres Geschäft infolge der hohen Zölle vollständig ausgeschlossen und können nur noch Spezialitäten und Neuheiten in kleinem Maße dahin ausgeführt werden. Was das Geschäft nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika angeht, so hat sich dasselbe in den letzten Jahren abermals verbessert. Dasselbe trifft auf das Geschäft nach Argentinien und anderen südamerikanischen Staaten zu, während der Absatz nach Mexiko infolge der dort in den letzten Jahren herrschenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sehr unbedeutend war. Betreffs des zur Lederwarenfabrikation gehörigen Materials ist zu bemerken, daß eine Anzahl Lederarten wie Saffiane, Zuchten und

Hindshäute, sowie Krokodile sehr stark im Preise weiter gestiegen sind. Die Verkaufspreise der fertigen Waren konnten aber nur unbedeutend oder gar nicht erhöht werden, so daß der Nutzen entsprechend geschmälert wurde.

Wir freuen uns und nehmen davon Kenntnis, daß das Geschäft besser wie in den Vorjahren war und erwarten von der Loyalität des Vorstandes Deutscher Lederwarenindustrieller, daß er in keinem an uns gerichteten und in voriger Nummer veröffentlichten Schreiben den Satz als gegenstandslos fallen läßt, welcher lautet:

„Schon jetzt sind wir infolge der durch tarifliche Vereinbarungen erschwereten Fabrikation in einer Reihe von Artikeln dem fortgesetzten erstarrenden ausländischen Wettbewerb nicht mehr gewachsen.“

„In Militäreffekten, Feuerwehre-, Polizei- und Samstagsausrichtungen konnte bei schwachem Inlandmarkt infolge eines großen Auslandsgeschäftes die Produktion auf gewohnter Höhe gehalten, teilweise sogar durch große Abschlässe erweitert werden. Einstellungen von Arbeitern waren daher notwendig. Im Zusammenhang mit dieser besseren Konjunktur kam es wegen Lohnforderungen auch in einer Fabrik zu einem Streik der Sattler, denen es aber nicht gelang, ihre Forderungen gegenüber dem Unternehmer durchzusetzen.“

Auch hier ist die Handelskammer ungenau unterrichtet worden. Denn die Sattler haben den Lohn des Tornisters, um den es sich bei diesem Streik handelte, von 1,15 Mk. auf 1,56 Mark erhöht.

Im Anluß hieran wollen wir noch kurze Auszüge einiger Berichte über unsere Industrie bringen:

**Wiesbaden.**

Das Geschäft war im vergangenen Jahr in Fahrradkästeln und Fahrradtaschen wegen des zeitig eingetretenen guten Wetters sehr befriedigend. Der Umsatz hat im Vergleich zum Vorjahr eine wesentliche Steigerung erfahren. Mit der Fleischnot ging aber Mangel an Rind und Häuten Hand in Hand, wodurch eine stetige Steigerung der Lederpreise bedingt wurde, zumal Amerika seit Aufhebung der amerikanischen Lederzölle auf dem deutschen Markt als Käufer auftritt. Leider war bei den Verkaufspreisen keine Erhöhung zu erzielen, weshalb der Gewinn zu wünschen übrig läßt. Nicht unbedeutende Lohnsteigerungen sind eingetreten, während Beschränkungen der Arbeitszeit bzw. Entlassungen nur wie in jedem Jahre in der stillen Saison vorgenommen wurden.

Die Automobilindustrie war das ganze Jahr hindurch aufreißend beschäftigt. Der Umsatz ist gegenüber dem des Vorjahres etwas höher gewesen. Die Aussichten für 1911 scheinen befriedigend. Das Geschäft hätte aber besser sein können, wenn die einseitige Steuerbelastung der Motorwagenbesitzer den Geschäftsgang nicht ungünstig beeinflusst hätte.

**Köln.**

Der Verkauf von Lederwaren, namentlich Reiseartikeln hielt sich auf der Höhe des Vorjahres. Dasselbe gilt von Sattlerwaren, worin der Absatz von Artikeln für den Reitpost im Juniemonat begriffen ist, während die Nachfrage nach Artikeln des Fahrsports, speziell hier in Köln, weniger wird.

**Leipzig.**

Für die Fabrikation von Lederwaren gestaltete sich das Frühjahrsgeschäft wegen des sehr früh fallenden Frühlingses sehr flott. Nach Feiern kam jedoch ein gewaltiger Rückschlag. Der einzige Artikel, der später flott ging, waren Damenhandtaschen. Durch den heißen Sommer war das Reiseartikelgeschäft schwach. Das Herbstgeschäft wurde nach Aufhebung der Bauarbeiteranspernung besser und war bis Ende November gut. Im Dezember ging das Geschäft wieder flott. Der allgemeine Umsatz wird als mittelmäßig bezeichnet.

**Breslau.**

Die Fabrikation von Lederwaren, soweit Pferdegeschirre in Frage kommen, leidet sehr unter dem immer mehr zunehmenden Automobilverkehr, so daß ein gewaltiger Rückgang im Bedarf von Luxusgeschirren festzustellen werden muß. Der Absatz von Sätteln und Reitzeugen war, soweit der Bedarf von Jüngerreitern und Sportsleuten in Frage kommt, zufriedenstellend. Der Bedarf an Offizierssätteln und Offizierreitzeugen dagegen blieb weit hinter dem Bedarf anderer Jahre zurück, da die Offiziere infolge der neuen Dienstvorschrift, die endgültig erst nach 5 Jahren in Kraft tritt, nur das Notwendigste kaufen.

Die Ledertreibriemen haben sehr unter der Konkurrenz der Textilriemen zu leiden gehabt. Dagegen ist die des Stahlbandes nach Ansicht von Fachleuten gänzlich beseitigt.

**Frankfurt a. M.**

Der allgemeine Geschäftsgang der Lederverwarendindustrie war im Berichtsjahre befriedigend. Begünstigt durch die Mode konnte sich der Umsatz auf der Höhe des vorigen Jahres halten. Daß die Umsatzziffer nicht zurückging, beweist die in gleichem Maße wie 1909 eingetretene Nachfrage nach Damenartikeln. Inland und Ausland kauften diesen Artikel in großen Quantitäten während des ganzen Jahres. Das Hauptabgabebiet für diese Fabrikate, England, bezog im Frühjahr weniger, doch hat sich der Absatz im Sommer und Spätjahr verbessert, ohne indes die Höhe der früheren Jahre zu erreichen. Während Nordamerika weniger bezog, war das Geschäft nach Südamerika, mit Ausnahme von Brasilien, besser. Der Export nach dem europäischen Ausland hielt sich im Rahmen des vorigen Jahres. Der Absatz nach Frankreich geht immer mehr zurück, ebenso nach Spanien, Italien, der Schweiz und Russland. Dieser Rückgang ist außer auf die hohen Eingangszölle, welche Reiseartikel aller Art belasten, auch auf die Gründung und Ertüchtung der ausländischen Lederwarenindustrie zurückzuführen, die namentlich dem Export der sogenannten feinen Lederware schadet. Ein zahlenmäßiger Nachweis dieses Rückganges ist allerdings nicht zu erbringen, da die amtliche Ausführungsliste des Deutschen Reiches in der Rubrik „Lederwaren“ auch Militäreffekten und Sättel umfaßt und somit ein richtiges Bild des Exportes von feinen Lederwaren nicht geben kann. In Deutschland war der Umsatz im alljährlich im Frühjahr kleiner als im Herbst, doch hielt sich das Geschäft in billigen Artikeln auf gleicher Höhe, während teure Waren weniger verkauft wurden. Die österröische Konkurrenz machte sich namentlich in besserer und feinerer Ware bemerkbar. Die Arbeiterverhältnisse waren befriedigend. Anfang nächsten Jahres laufen die Tarifverträge ab, doch steht zu erwarten, daß sie erneuert werden.

In der Fabrikation von Ledertreibriemen war der Geschäftsgang im verfloffenen Jahre etwas reger als 1909. Die Mitte Mai 1909 begonnene und noch immer anhaltende Pause auf dem Rohhautmarkt brachte wesentliche Steigerungen der Preise von einzelnen für die Fabrikation von Ledertreibriemen in Betracht kommenden Häutegattungen. Die Werber erhöhten daher die Preise für Treibriemenleder auch in diesem Jahre wiederholt, wogegen für fertige Ledertreibriemen ein nur ganz geringer Aufschlag erzielt werden konnte, so daß bei Lieferung von guter Ware nur mit einem ganz geringen Nutzen, ja sogar teilweise nur mit Verlust gearbeitet werden konnte. Das Resultat der Fabrikation von Ledertreibriemen war daher so wenig befriedigend, daß in letzter Zeit verschiedene Betriebe zahlungsunfähig wurden.

**Antisozialpolitik der Handelskammern.**

Die jährlichen Berichte der einzelnen Handelskammern erfordern ebenso wie die der Gewerbeinspektionen eine intensive Beachtung aller Wirtschaftspolitik und verdienen aus ihrem Dunkel an die hellste Öffentlichkeit gezogen zu werden, nicht nur weil sie ein Spiegelbild der Gestaltung des allgemeinen Wirtschaftsgebietes geben, sondern auch weil aus ihnen eindeutig die Auffassung der Unternehmer und der Kaufmannschaft über die Sozial- und Steuerleggebung zu erkennen ist und welchen ungeheuren Einfluß sie auf die Gesetzgebung haben. Gerade die Handelskammern, deren Mitglieder in politischer Hinsicht liberal gelten wollen, sind es, die zu jedem Gelegenheitstreffung nehmen und durch ihre Personalverbindungen in ihrem Sinne auf die gesetzgebenden Körperschaften einwirken. Die Reichsversicherungsordnung, das Sausarbeitergesetz und das Hausarbeitergesetz haben sowohl den Handelstag im April 1910 in Berlin wie auch die einzelnen Handelskammern beschäftigt. Ihren Entschließungen wird es zum großen Teil zu danken sein, wenn die antisozialen Strömungen besonders beim Sausarbeitergesetz die Oberhand behalten.

So hat der Deutsche Handelstag eine Resolution angenommen, in welcher der Zwölferkommission des Reichstages dringend geraten wird, von der Einführung von Lohnbüchern für das ganze Hausgewerbe abzusehen, und dabei wird die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß so weitgehende verderbliche Bestrebungen, wie sie in bezug auf Errichtung von Lohnämtern und die Ausstattung von Tarifverträgen mit verbindlicher Kraft im Reichstage, jeden-

\*) In den von uns in Nr. 17 veröffentlichten Ziffern, 55 183 bzw. 65 800 Doppelzentnern, sind noch nicht grobe Wadstuch-, Täschner- und Sattlerwaren sowie sonstige gemäß Sattler- und Täschnerwaren mit eingerechnet.

falls aber im Bundesrate, zum Scheitern gebracht werden.

Die Direktive hat ihre Wirkung auf sämtliche Handelskammern nicht verfehlt. Nun laßen die Berichte nicht, daß die unumschränkte Ausbeutung der Heimarbeit im Interesse der Unternehmer beibehalten werden soll, sondern übereinstimmend behaupten sie Arbeiterfreundlichkeit und behaupten, jede Milderung der bestehenden Grundlagen der Hausarbeit wird zunächst in ganzer Schwere auf die schwächsten Existenzen fallen, die hart an der Grenze der Daseinsfristung, entweder aus eigener Kraft oder durch öffentliche Mildtätigkeit und Armenpflege, stehen. Die Möglichkeit staatlicher Zwangseingriffe in die Freiheit des häuslichen Lins und Lassens und der persönlichen Verhältnisse ist namentlich für die betroffenen arbeitenden Kreise von solcher Tragweite, daß dringend zu fordern ist, daß diese Eingriffe unter weitgehendster Schonung der bestehenden Verhältnisse erfolgen. Ein Lächeln bei allen Kennern der Verhältnisse wird diese Behauptung der Kölner Handelskammer hervorrufen, welche noch mit allem Nachdruck betont, daß die Grundlagen der Heimarbeit im allgemeinen gesund sind und daß die gewerbliche Arbeit im Hause als eine voll und ganz berechnete Betriebsform angesehen werden muß. Die Handelskammer Hamburg hält für außerordentlich bedenklich, wenn zur Festsetzung der Mindestlohnfüße für Heimarbeiter Lohnnämter eingeführt werden sollen.

Es kann nur als ein im höchsten Grade dauerliches Vorgehen bezeichnet werden, wenn in dieser Weise begonnen wird, außer in der allgemeinen Arbeitergesetzgebung auch in sonstige wirtschaftliche Gesetze eine Ausnahmegebung zugunsten der Arbeitnehmer hineinzubringen.

Die Bielefelder Handelskammer, in deren Bereich die Herstellung von Leinwandstoffen in Hausindustrie fällt, erblickt im Hausarbeitergesetzentwurf große Gefahren für die beteiligten Industrien. Die Handelskammer Köln zeichnet sich durch ihre Scharfmacherei ganz besonders aus. So schreibt sie zum Arbeitergesetzentwurf unter anderem:

Wir können nur der dringenden Erwartung Ausdruck geben, daß dieselbe Festigkeit, die von der Regierung zur Abwehr des Eindringens sozialistischer Organisationen in Staatsbetriebe zur Anwendung gebracht wird, auch beibehalten wird, wenn es sich um nicht weniger wichtige Interessen privater Industriezweige handelt. Die Erfahrungen, die gerade in diesem Jahre bei dem Streit der Eisenbahnangestellten in Frankreich gemacht worden sind, sollten als warnendes Beispiel genügen, um ein weiteres Nachgeben gegenüber Forderungen nach schrankenloser Koalitionsfreiheit der Arbeiter in Staats- und ähnlichen Betrieben zu verhüten. Ebenso bedauerlich aber würde es sein, wenn die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre in das Gesetz eingeführt würde. Wenn es schon überhaupt zweifelhaft ist, ob es gelingen wird, die Arbeitskammern zu dem beabsichtigten sozialen Friedensinstrument zu machen, so muß dies doch völlig ausgeschlossen erscheinen, wenn in ihnen den Gewerkschaftssekretären Gelegenheit gegeben wird, entsprechend den Grundanschauungen der von ihnen vertretenen wirtschaftlichen Organisationen, die meist den sozialen Frieden nicht wollen, die Arbeitskammern statt zum Ausgleich von Interessengegensätzen zur Verwirklichung weitestgehender einseitiger Forderungen auszunutzen.

Ueber solche unverstohrene Behauptungen diskutiert man nicht, man hängt sie einfach tiefer.

Die Handelskammer Hamburg schreibt nach Arbeitwilligenstich wie ein durstiger Hirsch nach Wasser.

Die im Laufe des Jahres eingetretenen politischen Ereignisse haben wesentliche Störungen für das Wirtschaftsleben nicht mit sich gebracht. Auch von handelspolitischen Beunruhigungen ist das Geschäft im großen und ganzen verschont geblieben. Bedauerlicherweise sind dagegen einige Geschäftszweige durch Arbeitseinstellungen in ihrer Entwicklung stark beeinträchtigt worden. Insbesondere der Bauarbeiter- und der Bergarbeiterfreil haben schwere Schädigungen materieller Art gebracht. Vor allem aber hat sich bei Lohnniedrigerungen im Inlande

wie im Auslande von neuem gezeigt, daß bei solchen wirtschaftlichen Kämpfen immer mehr der Terrorismus der Massen eine Rolle spielt. Sowohl die dauernd in die Höhe getriebenen Löhne bei verkürzter Arbeitszeit, als das Streben nach stärkerem Einfluß der Arbeitnehmer auf den Produktionsprozeß, insbesondere aber die Rücksichtslosigkeit, mit der arbeitswillige Elemente unter die Macht der Ausständigen und ihrer Führer gewonnen werden, müssen zu den schwersten Besorgnissen für die Weiterentwicklung unserer industriellen und Verkehrsverhältnisse Veranlassung geben. Eine baldige Verschärfung der Strafbestimmungen zum Schutz der Arbeitwilligen und ihrer persönlichen Freiheit sowie eine Abkürzung des Strafverfahrens gegen alle Stürze der öffentlichen Ordnung erscheinen dringend geboten; es bedarf hierfür keiner Ausnahmegefesse, wenn nur eine dementsprechende Revision der allgemeinen Strafgesetze nicht länger hinausgeschoben wird.

Die Handelskammer Hannover empfiehlt den Unternehmern die Arbeitgeberarbeitsnachweise als bewährtes Mittel zur Bekämpfung „sozialdemokratischer“ Gewerkschaften und erwartet von den Behörden und der Regierung, daß sie weiterhin Maßnahmen nicht ergreifen, wodurch die Gewerkschaften direkt oder indirekt begünstigt werden.

Die Handelskammer Leipzig hat erneut Stellung gegen den Entwurf eines Reichsversicherungsordnung angenommen.

Von den Hauptpunkten der Beratungen ist zu erwähnen, daß die Handelskammer sich auch diesmal gegen die in dem neuen Entwurf beibehaltenen Versicherungsämter und Oberversicherungsämter, durch die ohne Notwendigkeit ein neues Beamtenheer geschaffen werde, ausgesprochen hat, daß sie für eine unbeschränkte Beibehaltung der bewährten Betriebskrankenkassen eintritt und, wie schon früher, abweichend von der Stellungnahme des Deutschen Handelstages, diesmal aber unter wachsender Zustimmung anderer deutscher Handelskammern mit Rücksicht auf die der deutschen Industrie erwachsende Belastung von etwa 50 Millionen Mark und die voraussichtliche Erfolgslosigkeit eines Versuchs, auf die Verwallung der Ortskrankenkassen einen Einfluß zu gewinnen, sich gegen die geplante Halbierung der Ortskrankenkassenbeiträge erklärt hat.

Die Breslauer Handelskammer gibt ihrer Freude Ausdruck, daß die Arbeitgeber zum Ausgleich für die ihnen vom Gesetze auferlegenden Mehrlasten einen größeren Einfluß auf die jetzt meist in den Händen der wirtschaftlich und politisch gleich extremen Partei befindlichen Ortskrankenkassen erhalten und daß die „bewährten“ Betriebskrankenkassen durch die Reichsversicherungsordnung keine Einschränkung erfahren. Daß das Arbeiterkammergesetz nicht angenommen wird, wird von weiten Kreisen der Unternehmerschaft nicht bedauert. Erschließen diese doch in dem von gewissen politischen Parteien so lebhaft beehrten „sozialen Friedensinstrument“ viel mehr eine Agitationswaife, durch deren Handhabung keinerlei Segen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des heimischen Gewerbestandes, eher aber eine weitere Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern besorgt werden müsse.

Es ist höchst bedauerlich, daß Institutionen wie die Handelskammern, die doch ernst genommen werden wollen, sich solche Urteile über die selbstlose Aufopferung der Arbeitnehmer in den Krankenkassenvorständen erlauben dürfen, wo doch unabweisbar und unzweifelhaft festgestellt worden ist, daß das vortwärtsdrängende Element in der Arbeitererschaft, welches leider erst seit Anfang der 90er Jahre zum Vorschein der arbeitenden Bevölkerung seine Kraft im Massenweisen entfalten konnte, mit großem Erfolg befreit war, ohne Rücksicht auf Parteinteressen die Leistungen an die Versicherten immer mehr auszubauen. Unter oft wie schmerzlichen Kämpfen haben Versicherte — häufige Arm in Arm mit verständigen Arbeitgebern — Erhöhungen der Leistungen an die Kranken, Einführung von Familienunterstützungen, Errichtung von Genesungsheimen und Heilanstalten, Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, der Trunksucht durch Wort und Schrift in die Hand

genommen! Wir verweisen hiermit noch ausdrücklich auf den in heutiger Nummer veröffentlichten Artikel „Lehrreiche Zahlen“.

Mit dem Hausarbeitergesetzentwurf ist die Breslauer Kammer nur insofern einverstanden, als die Schutzmaßregeln auf künftlichem und moralischem Gebiete liegen. Die rechtsverbindliche Festlegung von Mindestlöhnen hält sie für einen Eingriff des Staates in die Regelung der Arbeitslöhne. Sie warnt vor der bedeutlichen Milderung, die ein gefährlicher Vorgang auf dem Gebiete der Sozialpolitik sein würde.

Die Oienbacher Handelskammer beurteilt vorgenannte Gesetzentwürfe wie folgt: „Das Vortreten der Parteien des Reichstags um die Gunst der Wählermassen ist geeignet, das Ansehen des Reichstags und das Niveau seiner Verhandlungen herabzudrücken. Dieses Verben um die Gunst der Massen findet zum Teil seinen Niederschlag in Initiativentwürfen, Kommissionsbeschlüssen, welche in jedweden Kreisen bedenklichen Kopfschütteln begegnen.“

Aus dieser Müttenlese, auf die wir uns aus Raummangel beschränken müssen, ist zu ersehen, wie die Öffentlichkeit beeinflusst wird und wie notwendig eine politische Betätigung der Arbeitererschaft ist.

## Die Handelskammern und die Reichsfinanzreform.

Soweit nun auch die Entscheidungen der Handelskammern es vermögen, die Gesetzgebung zu beeinflussen und ihre sozialpolitische Rückständigkeit den Arbeitern fühlen zu lassen, so ohnmächtig sind sie gegen agrarische Einflüsse. Aus der Misere der Finanzreform soll die Hausarbeit bringen, auf dem sie alle Hoffnungen setzen und von dem sie glauben, daß er ihnen vermöge der hinter ihnen stehenden Kapitalisten bei der nächsten Reichstagswahl eine industriefremdliche Mehrheit schaffen wird.

Daß die Reichsfinanzreform auf das Wirtschaftsleben unheilvoll gewirkt hat, wird durchweg von allen Handelskammern bestätigt. So berichtet

### Offenbach:

„Unter den Nachwirkungen der Reichsfinanzreform hatte das Brauereigewerbe, die Frau-, Tabak- und Zündholzindustrie zu leiden.“

„Im Inlande muß unserer Zollpolitik ein großer Teil der Preissteigerung der wichtigsten Nahrungsmittel (Agrarprodukte) und Bedarfsstoffe zur Last gelegt werden. Kommt nun noch eine Steuerpolitik hinzu, wie sie besonders bei der letzten Reichsfinanzreform getätigt worden ist, welche, statt einer ausgleichenden und großzügigen Erfassung des Reiches, diesen einseitig schonend, immer wieder einzelne Verkebrakte, sowie bestimmte Gewerbezweige mit den von diesen hergestellten Genuß- und doch bis zu einem gewissen Grade auch Bedarfsartikeln der breiten Massen trifft, so wird die direkte und indirekte Belastung von Handel und Industrie immer größer. Vor allem die Preissteigerungen der notwendigen Lebensmittel (wie z. B. Fleisch und Getreide), der Genuß- und Bedarfsmittel der breiten Massen, muß letzten Endes für seine Arbeiter der Unternehmer durch Bewilligung höherer Löhne tragen. Dabei geht noch nebenher das erklärliche Bestreben der Gewerkschaften, der auch finanziell leistungsfähigen Arbeitnehmerorganisationen, in schlaue Taktik die Löhne über das durch die Preissteigerungsverhältnisse gebotene Maß hinaus in die Höhe zu treiben.“

### Leipzig:

„Die durch die Finanzreform entstandenen neuen Steuern haben vielfach die Kaufkraft des Publikums geschwächt und sich dabei in vielen Geschäftszweigen fühlbar gemacht. Besonders hart ist durch die Steuergefesse die Tabakindustrie betroffen worden. Die Wirkungen des 4prozentigen Wertzolles sind namentlich bei der Kleinfabrikation immer noch nicht überwunden. Auch wird über die Ausführungsbestimmungen, die besonders den Binnenhändler belasten, geklagt. Mittelbar ist auch die graphische Industrie, die die Herstellung von Zigarrenausstattungen betreibt, betroffen worden. Das Brauereigewerbe hat durch den Mißgang im Absatz und eine durch die Laien der Finanzreform verminderte Zahlungsfähigkeit der Wirte zu leiden gehabt, weshalb es in der Lage war, die durch das Brauereigesetz auferlegte Alzbeststeuerung auf den Konsum abzu-

wälzen und dank der billigen Gerstenpreise und der vorzüglichen Qualität der 1909er Ernte einen höheren Ertrag als erwartet zu erzielen. Das Brauereiwirtschaftsgewinn machte sich außer in der Spiritusindustrie auch in der Zentrifugalindustrie, in der chemischen Industrie, und zwar insbesondere in der Fabrikation von Parfums und Essenzen, fühlbar. Aber die Lebensmittelsteuer, die vielfach zu Einschränkungen des Bedarfs führte, wird allgemein geklagt, insbesondere von der Lampenindustrie und verwandten Geschäftszweigen.

**Vielefeld:**

„Man trübten sich es naturgemäß in den Industrien aus, die durch die Reichsfinanzreform direkt berührt worden sind. So haben die Brauereien infolge der abermaligen Brauereuerhöhung einen Konjunkturgang zu verzeichnen, der in unserem Handelskammerbezirk bis zu 20 Proz. des Umsatzes im Jahre 1909 beträgt, und nur dadurch sind die Brauereien vor größerem Schaden bewahrt worden, daß es ihnen gelang, durch eine Preisvereinbarung die Steuer einzusparen auf die Konjunktur abzuwälzen. Weit drückender machte sich die Steuer im Brauereiwirtschaftszweig geltend, da dieses mangels eines Zusammenschlusses der Brenner den verringerten Konsum durch Preissteigerung nicht ausgleichen konnte. Die Vertreter des Tabakgewerbes haben, wie vorausgesehen war, erfahren, daß die Wertsteuer nicht preisdrückend, sondern gerade auf die billigen Rohstoffarten preissteigernd wirkte. Es sind also die minderbemittelten Raucher härter befallen worden, als sie selbst durch eine gleichmäßige Erhöhung von Tabakzoll und Tabaksteuer getroffen worden wären. Das macht es erklärlich, daß der Absatz in Zigaretten sehr nachgelassen hat...“

Weit mehr als die Mängel der genannten Gesetzentwürfe Reichsversicherungsordnung, Hausarbeitergesetz in aber die durch unsere Agrarpolitik und die neue Finanzreform bedingte Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Bevölkerungsschichten zu beklagen. Sie hat nicht nur die Kaufkraft des Volkes beträchtlich, das Hervortreten eines neuen Inlandsbedarfs im letzten Jahre verhindert, sondern sie hat auch zahlreiche und tiefegehende Bewegungen der Arbeiter mit verursacht und verärfert.

Aber selbst diese Belästigungen würden ohne Wutren getragen werden, wenn sie durch das Interesse des Gesamtvolkes unseres Staatsorganismus bedingt worden wären, wenn sie als wirtschaftliche Notwendigkeit empfunden werden könnten. Dem ist aber nicht so. Wir befinden uns vielmehr auf der abschüssigen Bahn der Verteuerungspolitik zugunsten einer einzelnen Erwerbsgruppe, des deutschen Großgrundbesitzes, dessen Macht politisch in den letzten Jahren unserer Wirtschaftsgeschichte wahrlich nicht zum Wohle der Allgemeinheit oft genug entscheidend gewesen ist. Die hierdurch im Volke erzeugte tiefe und berechtigte Mißstimmung wird aber noch erhöht durch das Gefühl, daß unsere Regierung gegenüber der Wirtschaft der deutschen Landwirtschaft ohnmächtig ist, die Bedürfnisse der Gesamtheit mit dem erforderlichen Nachdruck zu vertreten. Den Nutzen von diesem Mißverhältnis hat die Sozialdemokratie, und es ist ein trauriges Zeichen für unsere Wirtschaftspolitik, daß bei ihr diejenige Partei, welche die Verwirklichung unseres Staatsorganismus anstrebt, geduldet und blüht.“

Der Breslauer Bericht stellt fest, daß die Folgen der Reichsfinanzreform zu schweren Schädigungen der gewerblichen Tätigkeit geführt haben. Besonders sind es die Konsumsteuern, die die betroffenen Erwerbszweige, Tabak- und Branntweinindustrie, in ihren Ergebnissen auf das äußerste beeinträchtigen. Diese Handelskammer stellt im Interesse des Gewerbefleißes und Berufslebens auf das nachdrücklichste die Forderung auf, daß Handel und Gewerbe für die Zukunft vor neuen drückenden Lasten bewahrt und nach den unangesehnten Erleichterungen in ihrer Tätigkeit durch gesetzgeberische Maßnahmen endlich einmal von weiteren Benutzungen verdonnt bleiben.

Im erheblichem Maße hat die Fleischteuerung die arbeitende Bevölkerung belastet. So stieg zum Beispiel in Köln der Preis des besten Rindfleisches um 11 Pf. pro Kilo, des billigen Rindfleisches um 18 Pf. und des Kalbfleisches um 21 Pf.

Alle diese von uns nur im Auszuge wiedergegebenen Beurteilungen werden der Arbeiterschaft Gelegenheit geben, bei den nächsten Reichstagswahlen der jetzigen Mehrheit die gebührende Antwort zu geben, auf daß sie ihr Wiederkommen im Rathloshause vergift.

**Lehrreiche Zahlen.**

In diesem Augenblick, wo sich die Verkündermeute ansetzt, den letzten Antritt gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen mit ihrem Geheul über „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Kassen zu sekundieren, wäre angebracht, einmal eingehend zu untersuchen, wie sich die Ortskrankenkassen unter sozialdemokratischer Mitarbeit entwickelt haben. Die amtliche Statistik ist allerdings so mangelhaft, daß sie kein annähernd zutreffendes Bild gibt, es läßt sich nur an einigen Beispielen zeigen, wie sich die Kassen, trotz der großen Zersplitterung und trotz der einer Erweiterung der Leistungen sehr hinderlichen gesetzlichen Bestimmungen seit 1885 geradezu glänzend entwickelt haben.

Das Gesetz unterseidet bekanntlich Pflichtenleistungen, welche die Kassen unter allen Umständen einhalten müssen, und Mehrleistungen, die die Kassen freiwillig gewähren können. An dem Umfang der Mehrleistungen könnte man die Vorteile der Selbstverwaltung der Krankenkassen ermessen. Leider verfügt aber gerade hier die amtliche Statistik gänzlich. Nur einige nebenwärtige Dinge können festgestellt werden.

Somit zunächst das Krankengeld in Betracht kommt, stieg bei allen Kassen der auf ein Mitglied entfallende Durchschnittsbetrag von 5,58 Mk. im Jahre 1885 auf 10,74 Mk. im Jahre 1909. An dieser Zunahme sind die Ortskrankenkassen, die weit mehr als die Hälfte aller gegen Krankheit versicherten Personen umfassen, am hervorragendsten beteiligt. Das Krankenversicherungs-gesetz schreibt vor, daß das Krankengeld vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung an gewährt werden soll. Es ist indes den Kassen freigestellt, diese Wartzeit abzuschaffen. Im Jahre 1909 hatten 1605 Ortskrankenkassen, das ist mehr als der dritte Teil aller Kassen, die Wartzeit ganz oder zum Teil beseitigt. 749 Ortskrankenkassen bezahlten das Krankengeld auch Sonntags.

Die Krankheitskosten bei sämtlichen Kassen stiegen von 47 Millionen Mark im Jahre 1885 auf 305 Millionen Mark im Jahre 1909. Bei den Ortskrankenkassen allein stiegen diese Aufwendungen von 14 auf 157 Millionen Mark oder etwa um das elffache, bei den Betriebskrankenkassen von 17 auf 98 Millionen Mark oder etwa um das fünffache, bei den Gemeindekrankenversicherungen von 4 auf 21 Millionen oder ebenfalls nur um das fünffache.

Unter den Gemeindekrankenversicherungen, die bekanntlich überhaupt keine Selbstverwaltung haben, war im Jahre 1909 keine einzige, die ihre Krankenunterstützung über die Dauer von 26 Wochen ausgedehnt hatte. Von den Innungskrankenkassen, bei denen die Arbeiter ebenfalls nichts zu sagen haben, gewähren nur 15 eine über 26 Wochen hinausgehende Unterstützung. Unter den Ortskrankenkassen gab es 55, die über 26 bis 39 Wochen; 50, die über 39 bis 52 Wochen und eine, die über 52 Wochen Unterstützung gewährte.

Von 1885 bis 1909 stieg die Zahl der Kassen, die mehr als die Hälfte und zwar bis zu zwei Drittel des Lohnes als Krankengeld gewähren, von 705 auf 2070 oder um 193,8 Proz. und der mehr als zwei Drittel gehörenden Kassen von 265 auf 455 oder um 71,7 Proz. Im Jahre 1909 gewährten von den 8254 Gemeindekrankenversicherungen nur 11 (etw.) oder 0,1 Proz. ein über die Hälfte des Lohnes (bei diesen noch dazu des „ortsüblichen Tagelohnes gemöhnlicher Tagearbeiter“) hinausgehendes Krankengeld. Bei den 4775 Ortskrankenkassen waren dies indes 706 oder 14,7 Proz.

Die verhältnismäßige Zahl der Erkrankungs-fälle ist bei den Betriebskrankenkassen eine größere; das ist auf die häufigeren Unfälle und die mit dem Großbetriebe verbundenen erhöhten Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter zurückzuführen. Die durchschnittliche Dauer der Unterstützung mit Krankengeld ist aber bei den Ortskrankenkassen ständig länger gewesen und zwar am längsten unter allen Kassenarten. Sie betrug im Jahre 1909 bei den Betriebskrankenkassen 19,1, bei den Ortskrankenkassen aber 21,3 Tage.

Die Ausgaben für Schwangere und Wöchnerinnen sind bei den Ortskrankenkassen von 2936 499 Mk. im Jahre 1905 auf 4 187 322 Mk. im Jahre 1909 oder um 42,6 Proz., bei den Betriebskrankenkassen indes nur von 1 562 126 auf 1 848 956 Mark oder um 18,4 Proz. gestiegen. Für diese Unterstützung gewährt 1909 pro Mitglied die Ortskrankenkassen 64 Pf., Betriebskrankenkassen 50 Pf., Innungskrankenkassen 14 Pf. und Gemeindekrankenversicherungen gar nichts. Auch hier stehen die Ortskrankenkassen oben an, namentlich, da sie vielfach mütterliche Schwangerenfürsorge eingeführt haben, worüber aber auch die Statistik keine Auskunft gibt.

An Fürsorgeleistungen für Gesehnde nach Beendigung der Krankenunterstützung

-- auch eine Mehrleistung -- wendeten 1909 die Ortskrankenkassen 156 837 Mk., die Betriebskrankenkassen aber nur 45 931 Mk. auf.

Speziell über die wichtigsten Mehrleistung, der unentgeltlichen Gewährung ärztlicher Behandlung und Heilmittel an die Familienangehörigen der Kassenmitglieder läßt uns die Statistik gänzlich im Stich. Sie sagt nicht, von wieviel Kassen diese Fürsorge eingeführt ist, sondern gibt nur an, wieviel Kassen hierfür Zusatzbeiträge nach § 6a Abs. 1 Ziffer 5 des Krankenversicherungsgesetzes erheben. Das läßt aber nur einen unzulänglichen Rückschluß auf die Zahl der Kassen, welche die Mehrleistung gewähren, zu. Die Ortskrankenkassen, welche in sehr großer Zahl die Fürsorge eingeführt haben, gewähren sie meist allgemein, also ohne Erhebung von Ertragsbeiträgen. Am jämmerlichsten stehen auch hier wieder die Gemeindekrankenversicherungen da. Sie haben 1909 nur 10 605 Mk. solcher Beiträge erhoben. Damit ist aber auch die ganze Familienunterstützung dieser Versicherungen erschöpft, denn nach § 9 Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes muß diese Klassenart für solche Unterstützungen Zusatzbeiträge erheben.

Die Zahlen zeigen, daß die Arbeiter ihren Aufgaben und Pflichten innerhalb der Kassenverpflichtungen vollkommen gerecht geworden sind. Würde für die Betriebsunternehmer nicht die Möglichkeit bestehen, ohne weiteres aus einer Ortskrankenkasse auszutreten (wenn ihm dort die Beiträge zu hoch erscheinen) und eine eigene Betriebskrankenkasse zu gründen, so würde noch manche Ortskrankenkasse in der Lage gewesen sein, ihre Beiträge zu erhöhen. Sollte bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wirklich nur das Interesse der Versicherten maßgebend sein, so müßte das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter nicht nur aufrechterhalten, sondern erweitert werden.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Berlin.** In der Gamaschenfabrik von S. Schübel wurden entgegen dem Tarifvertrag, anstatt zum Mindestlohn von 51 Pf., Sattlergehilfen mit 48 Pf. Lohn eingestellt. Die Firma wollte vorerst auf eine kündenlose Einhaltung des Vertrages nicht eingehen. Die Kollegen legten einmütig die Arbeit nieder. Nach halbtägiger Dauer des Streiks wurden die Forderungen erneut anerkannt. -- Die Sattler der Firma Julius Stein, Wagenfabrik, verlangten eine Lohnerhöhung um 5 Pf. die Stunde und beabsichtigten, zwecks Durchsetzung dieser Forderung evtl. in den Streik zu treten. Auf dem Verhandlungswege bewilligte die Firma den 6 beabsichtigten Kollegen insgesamt eine Zulage von 8,50 Mk. pro Woche. -- In der Wagenfabrik M. Sasse, Charlottenburg, verlangten die selbständigen Wagenfahler einen Mindestlohn von 75 Pf., die übrigen Sattler 70 Pf., Gewährung einer Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde, Sommerurlaub und Benutzung unseres Arbeitsnachweises. Ohne Arbeitsbeeinträchtigung erzielten die Kollegen eine wöchentliche Zulage von 1,04 Mk., wodurch der Durchschnittsverdienst von 68 auf 70 Pf. erhöht wurde. Folgende Mindestlöhne wurden anerkannt: Selbständige Wagenfahler 70 Pf., Wagenfahler 65 Pf. und für die übrigen Sattler 60 Pf. die Stunde. Der Arbeitsnachweis wird von der Firma benutzt werden. -- In dem Sattlerwarengeschäft der Firma A. Fischer wurde ohne Arbeitsbeeinträchtigung die Arbeitszeit von 60 auf 53 Stunden verkürzt und demgemäß der Stundenlohn von 55 auf 62 Pf. erhöht. Für Überstunden werden je 10 Pf. Zuschlag gezahlt. Zeitweise auf Zeitlohn arbeitenden Affordarbeitern wird der Stundenlohn um 15 Proz. erhöht. Wird länger als ein Jahr im Betriebe beschäftigt ist, erhält dreitägigen Sommerurlaub, wofür pro Tag 5 Mk. von der Firma gezahlt werden. Der geforderte Mindestlohn von 50 Pf. wurde bewilligt, die geforderten Waschmaschinen und Garbetrobenstände sollen beschafft werden. -- In dem Exportbetrieb der Firma A. Guiremand ist es zum Abschluß eines auf drei Jahre geltenden Tarifvertrages gekommen, wonach die tägliche Arbeitszeit auf 9, Sonnabends auf 8 Stunden festgelegt ist. Der Mindestlohn beträgt 50 Pf. die Stunde, im ersten Jahre nach der Lehre allerdings nur 45 Pf. Für Überstunden wird ein Zuschlag von 15 Pf., für Sonntags- und Nachtarbeit 25 Pf. gezahlt. Alle Lohnarbeiter erhalten eine Zulage von 1,50 Mk. die Woche. Militärarbeiten werden nach dem Tarif für die Militärärzte bezahlt. Ein Affordlohn tarif wird ausgearbeitet und gilt als Bestandteil des Vertrages. Artikel, die hierin nicht aufgeführt sind, müssen auf Zeitlohn angefertigt werden. Für Afforde unter 2 Mk. erhält der Arbeiter 10 Proz. Zuschlag. -- Bei der Firma Altmöhl wurden nach einem zweitägigen Streik (an dem nicht einige Christliche, wie die wahrheitsliebende „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ berichtet, sondern nur einer beteiligt war) die bis herige 54stündige Arbeitszeit sofort von 54 auf 53 Stunden,

ab 1. April 1912 auf 52 Stunden, herabgesetzt. Für den einzelnen Beteiligten beträgt die sofortige Lohn-erhöhung 1,95 M. die Woche. Ab 1. April 1912 tritt eine weitere Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pf. in Kraft. Handbuch und Seife stellt fortan die Firma. Arbeiter, die mindestens 2 Jahre im Betriebe beschäftigt sind, erhalten einen dreitägigen, die vier Jahre dort tätig sind, einen dreitägigen Sommerurlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Affordarbeiter erhalten während ihresurlaubes eine Entschädigung in der Höhe ihres Stundenlohnes. Die Affordpreise werden analog der Stundenlöhne geregelt.

In der Exportfirma von G. Reinhardt kam es ebenfalls zu Vereinbarungen, wonach die Afford-löhne im Durchschnitt um 8 Proz. erhöht wurden. Zeitlohnarbeiter, die bisher einen Lohn unter 35 M. bekamen, erhalten 3 Proz. Zulage.

**Aus unserem Beruf.**

Eine soziale Leistung, die sich gewiß nicht mehr überbieten läßt, geistaltet sich der **Gamaschenfabrikant und Lederm. J. Zuhrott-Leinsele**, welcher durch ein Inserat der „Deutschen Sattler-Zeitung“ (Berg u. Schod-Berlin) einen tüchtigen Sattlergesellen sucht. Ein Kollege aus Dresden ließ sich durch das verlobende Inserat verleiten, sich um die Stelle zu bewerben. Er erhielt hierauf folgenden Brief:

Herrn L. L.

Dresden.

Antwortlich Ihres Gesichts vom 27. 3. d. J. teile Ihnen mit, daß ich erit Zeugnis-abschriften haben muß und zahle per Woche 6-7 M., freie Station, 250-275 Pf. per Arbeitstag und Jubiläum- und Kranzengeld. Habe aber etwas Ekelonomie, wo ein jeder, ob Reisender, Meister oder Gehilfe mithelfen muß, wenn es angeht. Leinsele ist aber nur ein größeres Dorf, keine große Stadt.

Wollen Sie antreten, so bitte bald Antwort und wann Sie antreten wollen.

Achtungsvoll

J. Zuhrott.

Herr Zuhrott verlangt Zeugnisabschriften, ein Beweis, daß es sich nicht um einen Lehrling, sondern um einen perfekten Sattlergesellen handelt. Das müssen nette Reisende und Meister sein, die auch bei der Ekelonomie helfen. Vielleicht müssen sie Frühgruben entleeren, Ställe säubern, Vieh füttern oder Mist aufladen. Na, wenn sie es machen, so ist es ihre Sache, ein Sattler dankt für solche Arbeitsangebote zu solchen Löhnen.

Zur Situation in Köln. In letzter Zeit scheint unsere Kollegen etwas mehr Leben zu befehlen, was in einer Reihe von Werkstattbesprechungen, die in letzter Zeit stattgefunden haben, recht deutlich zum Ausdruck kam. Als gutes Zeichen ist es zu betrachten, daß Anregungen zu den Besprechungen nicht von der Organisationsleitung, sondern von den Kollegen selbst ausgingen.

In Betracht kommen für uns nur die großen Werkstätten. Bei den Kleinmeistern, wo das Kost- und Logiswesen noch vorherrscht, und die ihre Gehilfen meist vom Arbeitsnachweis des katholischen Gesellenvereins beziehen, können wir nicht leicht ankommen.

Sie wäre es eigentlich Aufgabe der christlichen Organisationen, Nennur zu schaffen. Sie haben es in der Hand und können unseres Ermessens auf die planlose Arbeitsvermittlung des Gesellenvereins einwirken, wenn sie nur ernstlich wollen und die Frage einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Kollegen ernst behandeln. Nach den Erfahrungen, die wir bis jetzt gemacht haben, scheint dies jedoch nicht der Fall zu sein.

Eine Notiz in der „Rh. Zeitung“, Nr. 98 vom 21. April d. J., über eine Versammlung der hiesigen Sattlerinnung, die auch das hiesige Zentrumsorgan, der „Kölnner Lokal-Anzeiger“, in seiner Nr. 103 vom 22. April brachte, bestättigt uns dieses.

Diese Notiz lautet:

**Militärarbeit und Arbeiterlöhne.**

Die Sattler-Innung beschäftigte sich in ihrer letzten Generalversammlung, die Obermeister Ostreich leitete, mit einer Besprechung über die Vergütung von Militärarbeitern durch das Artilleriedepot. Es wurde lebhaft beklagt, daß die Arbeiter an einem hiesigen Sattlermeister zu einem derart niedrigen Preise vergeben wurden, daß jede ehrliche Konkurrenz ausgeschlossen und es unmöglich sei, die Bedingungen, wie Vergütung der Gehilfen mindestens mit den ortsüblichen Löhnen, hochzuhalten. Der Unternehmer war schließlich gezwungen, bei der Behörde um eine Erhöhung des Preises einzukommen. Es wurde ihm auch eine kleine Zulage gewährt, die aber bei weitem nicht dem Preise gleichkommt, den die übrigen Submittenten verlangt hatten. Die Innungsversammlung beschloß, an die Militärbehörde eine Eingabe zu richten, worin ersucht

wird, bei Vergütung von Arbeiten nicht stets den Mindestfordernden zu berücksichtigen.

Der hier angeführte Sattlermeister ist der Sattlermeister Standart am Bohlenaufserrung. Die Kollegen mußten übermäßig lange arbeiten, um nur ihren notwendigen Lebensunterhalt zu verdienen. Daß ein solcher Krauter ein Feind der Organisation ist, versteht sich am Munde. Ein Kollege, der unserm Verbands angehörte, wurde auch entlassen, weil er bessere Verhältnisse verlangte. Zwei christlich organisierte schienen sich in ihre Verhältnisse zu schämen, eingedenk der Worte: „Wer knecht ist, soll Knecht bleiben.“

Unsere Kölner Innungs-Krauter mögen sich jedoch an ihre eigene Nase fassen. Wie es mit den „ortsüblichen Löhnen“ bei ihnen aussieht, darüber können alle die ein Liedchen jagen, die das zweifel-hafte Glück hatten, einmal bei einem solchen Krauter zu arbeiten.

In der Waggonfabrik Herbrand u. Co. in Köln-Ehrenfeld lobt der Kampf weiter. Die Direktion hat die von den Organisationsvertretern angebotene Aussprache abgelehnt. Der Betrieb ruht noch vollständig. Die Stimmung unter den Streikenden ist vorzüglich, trotz der herausgegebenen schwarzen Listen, in der sogar Jugendliche von 15, 16 und 17 Jahren verzeichnet sind. Einen Erfolg haben bis jetzt die 24 Isolierten starken schwarzen Listen noch nicht gehabt, trotzdem sie schon 14 Tage im Umlauf sind. Bereits ist eine große Anzahl Streikender anderwärts in Arbeit getreten.

Bei der Firma Waldhausen mußten wir leider die Bewegung verschieben. Ein Teil älterer Kollegen stellt sich abwärts. Wir werden in einem besonderen Artikel die Kollegen charakterisieren und die Zustände bei der Firma Waldhausen, Hoflieferant, Köln, Johannisstraße 65, besprechen. Soviel sei jedoch schon heute mitgeteilt, daß dort die Gehir-jätter Löhne von 18, 21 und 24 M. beziehen. Wie es den Kollegen möglich ist, in der teuersten Stadt Deutschlands damit auszukommen, ist uns ein Rätsel. Jedenfalls gebrauchte Herr Waldhausen für seinen Lebensunterhalt etwas mehr.

Zu einer sehr gut besuchten Werkstattbesprechung der Firma P. Morzegg in Köln-Müngersdorf wurden die Verhältnisse bei dieser Firma unter die Lupe genommen. Es sind in letzter Zeit ziemlich viel Mißstände eingerissen. Der Mawille der Kollegen kam in der Aussprache deutlich zum Ausdruck. Statt daß entsprechend den allgemeinen Preisverhältnissen die Löhne steigen müßten, sind sie hier gesunken.

In der Automobilfabrik der „Rheinischen Automobilwerke, Fr. Papler“, Köln, haben die Kollegen beschlossen, Forderungen in Form eines Tarifver-trages einzureichen. Die Löhne stehen zum Teil weit unter den in den Automobilfabriken üblichen. Es gilt hier insbesondere, stabile Verhältnisse zu schaffen.

Bei der Firma Kiebrunagel, Wagenfabrik in Brühl bei Köln, sind unseren Kollegen Affordabzüge gemacht worden. Da unsere Kollegen die weitere Affordarbeit verweigerten, arbeiten sie in Stunden-lohn weiter.

Es scheint jedoch, daß die Kollegen mit der Zeit aus dem Betriebe hinausbugiert werden sollten, denn der Betriebsleiter hat sich geäußert, daß es Sattler genug gibt, die gern bei ihm arbeiten.

Die Firma wird in der nächsten Zeit wieder Sattler in den Zeitungen suchen. Wir bitten alle Kollegen, die Inserate unbeachtet zu lassen, zumal es bei der Firma nicht gerade glänzend ist.

Kollegen! Ihr seht aus den wenigen Zeilen, wie die Verhältnisse gegenwärtig in Köln sind.

Alle Kollegen, die vorhaben, die Ufer des Rheins zu besuchen und dabei Köln berühren wollen, bitten wir in ihrem eigenen Interesse, nicht umschauen zu gehen, sondern sich vorerst an die Ortsverwaltung zu wenden.

Am besten ist es jedoch, wenn die Kollegen vor-läufig Köln meiden.

Eine Lederverwarenfabrik in China. Aus Shang-hai wird von dem dortigen R. u. S. Generalkonsulat berichtet: Eine von den Industrien, die sich in einem allmählichen aber sicheren Aufsteigen befinden, ist die Lederindustrie. In Shanghai gibt es dafür ein glänzendes Beispiel. Es ist die Su-hua-Lederverwarenfabrik mit den namhaftesten Erfolgen, die sie in den letzten Jahren aufzuweisen hat. Unter der Leitung des Präsidenten Jon-Duch-po produziert sie Waren, die den europäischen Erzeugnissen vollkommen gleich-sichien, die aber den größten Vorprung haben, daß sie 30 bis 40 Proz. billiger sind. Während seines letzten Aufenthalts in Shanghai ließ Vizekönig Tuan-fang in der Fabrik mehrere Arten Lederstoffe und Lederarbeiten anfertigen. Nachdem er sich von der Güte der gefertigten Waren überzeugt hatte, be-stimmte er, daß die Division in Kanton ihren Bedarf nunmehr freis aus dieser Fabrik beziehen solle. Ebenso beauftragte er die Gouverneure und komman-dierenden Generale in Kiangsu, Anhui, Kiangsi und Kiangpe in analoger Weise vorzugehen.

Aus Ostpreußen. So langsam beginnt es auch in dem östlichen Teile Deutschlands sich wieder zu regen. Die Sattlergesellen reiben sich den Winter-schlaf aus den Augen, blicken in unser Fachorgan und können, wie weit sie hinter den übrigen Kollegen im Reiche mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen noch zurück sind. Einmal um sich blickend, nehmen sie sich vor, um auch Hand anzulegen. Die Meister in Königsberg als scharfe Beobachter treffen Vorbereitungen, um nicht so bald wieder solche Siege wie vor drei Jahren zu erringen.

So haben die Kollegen der Firma Kie mann eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde erhalten. Beim Meister Lohr wurde der Tarif von 18 auf 19,50 M. erhöht, Forlow und die Wagenfabrik von Densch werden bald mit einer Lohnerhöhung folgen müssen.

In Tilsit wurden einige Ausnahmen erzielt. Ein dort jetzt anjähliches rühriges Verbandsmitglied bürgt uns dafür, daß es auch hier vorwärts gehen wird, wenn auch die erstmalige „Besprechung“ der Kollegen einer größeren Beteiligung sich hätte er-streuen dürfen. Trotzdem die Vorbereitungen in aller Stille vor sich gingen, haben die Meister doch Wind davon bekommen. Denn nie haben die Meiste-rinnen Sonntags das Mittagsmahl so frühzeitig auf den Tisch gebracht, um so den Gesellen Gelegenheit zu geben, den Agitatoren aus dem Wege zu gehen. Ein anderer Meister hat seine Gesellen zu Reparaturarbeiten in eine Brauerei geschickt, wofür sie bei Freidier, ohne jede andere Vergütung, bis um 5 Uhr nachmittags arbeiten mußten. Dieser arme Sattlermeister tut sich schließlich noch was darauf zugute, daß er seine Gesellen vor großen Ausgaben schützt. Denn bei 68stündiger Arbeitszeit und 18 M. Wochenlohn müssen sie sehr sparsam und ihm schließ-lich dankbar sein, daß er ihnen Gelegenheit gibt, so ganz gratis Samstags Bier zu trinken. So opfern sich die Tilsiter Sattlermeister für ihre Gesellen auf und nehmen dabei in Kauf, daß sie selbst zusehends dicker und jelter werden. Der Sattlermeister R a i - b a u m erklärte seinem Arbeiter, welcher für 68stündige Arbeitsleistung Kost, Logis und 3 M. Wochenlohn erhält, daß er, der Geselle, die 3 M. nicht verdient habe. Solche Äußerungen geistaltet sich ein Mann, über dessen Leistungsfähigkeit wäh-rend seiner früheren Gesellenzeit ein einmütiges Urteil besteht. Ja, wenn Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand und wer mit seiner Hilfe selbständiger Meister wird, dem erteilt er sofort alle ihm bisher entgangenen Nachentruisse, womit er leicht nachprüfen kann, ob ein Geselle 3 M. die Woche, also nicht ganz 5 Pf. die Stunde, verdient.

Auch sonst ist Tilsit ein wahres Eldorado. Neben den Meistern ist der wohlk. Magistral sehr darauf bedacht, daß die Gesellen Sonntags nicht zuviel Geld ausgeben oder mit den „Hebern“ zu lange in den Kneipen sitzen. Wochentags abends sind wegen der überaus langen Arbeitszeit Zusammenkünfte schlecht möglich. Sonntags sind die Lokale bis 12 Uhr geschlossen, nachmittags dann nochmal von 2-3 Uhr. Bei der jetzigen schönen Jahreszeit werden wir damit vorlieb nehmen müssen und unsere Agitation auf der Straße betreiben. Das Gemein-schaftsstartell hat uns keine Unterstützung zugesagt und soll jetzt mit vereinten Kräften gesort werden, daß auch in Tilsit der Kost- und Logiszwang beim Meister beseitigt, dafür menschenwürdige Arbeits-zeit und ausreichende Entlohnung in barem Gelde eingeführt wird. Die Sattlerkollegen werden sich dem Verbands anschließen und die ihnen angebotene Hilfe annehmen.

Die Lederverwarenfabrik A. Edelstein u. Co., Berlin, Köpenicker Straße 114, die vor zwei Mona-ten einen Teil ihres Betriebes nach Offenbach a. M. verlegt hat, befindet sich in Zahlungsschwierig-keiten. Ein genauer Status ist noch nicht aufge-stellt.

Glaudau i. S. In den bisher von der Firma Emil Brumm u. Sohn innegehabten Fabrikräumen wird von den Herren Ernst Kranig, bisherigem Lei-ter der Firma Robert Kaufdenbach und Karl Brumm, Inhaber der Firma Emil Brumm u. Sohn, unter der Firma „Glaudauer Lederverwarenfabrik Kranig u. Brumm“ eine Fabrik echter und imitier-ter Lederwaren errichtet.

Der Proletariat schlägt im Kriege die Schlachten. Er bestellt im Frieden den Acker, baut die Straßen und Städte, schafft mit seiner Hand die Ware, die er auf Rädern und Schiffen über die Erde führt. In ruhelosem Zeugen und Gebären erneuern er und sein Weib stetig die martige Volkskraft. Mit den Weibern seiner Frauen und Töchter stillt er die sexuelle Inerzitätlichkeit der Männer seines Volkes. Und zum Lohne für alle Opfer und Entbehrungen trägt er überdies zum größten Teil — ein moderner Atlas — mit seinem Leibe und seiner Seele die Kri-minalität seiner Nation.  
Staatsanwalt Dr. Wulffen.

**Korrespondenzen.**

**Die Vormittagsversammlung am 1. Mai in Berlin.** Die sich einer größeren Beteiligung erfreute, als wie die des Vorjahres, nahm mit großem Beifall den Festvortrag des Genossen Max Schappel entgegen. Die Hälfte unserer Berliner Verbandmitglieder besaß die Kaiserzeit durch völlige Arbeitsruhe. Vorzugsweise rekrutierten sich die Demonstranten aus der Portefeuller- und Meißerartikelbranche, was als ein gutes Omen für den Ausgang der jetzigen Tarifbewegung gedeutet werden kann.

Berlin. (E. 20. 4.) Die Generalversammlung am 19. April nahm den Geschäftsbericht vom ersten Quartal 1911, mündlich vom Kollegen Schulze erhalten, mit Befriedigung entgegen. Kamme doch daraus eine günstige Entwicklung des Mitgliederstandes wie auch Fortschritte auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen konstatiert werden, worüber wir an anderer Stelle und zum Teil schon früher berichteten. Anknüpfend hieran weist der Berichtserichter auf die bevorstehende Tarifbewegung der Meißerartikelhändler und Portefeuller hin mit der Mahnung, die Kollegenschaft möge ja auf dem Posten sein, da, unlaufenden Berichtens zufolge, die Unternehmer sich gänzlich ablehnend verhalten.

Zu dem gedruckt vorliegenden Kasßenbericht bemerkte Kollege Wehber, daß dem Wunsch, welcher in der Jahresgeneralversammlung betreffs der Beitragszahlung ausgesprochen wurde, von einem großen Teil der Kollegen nicht Rechnung getragen wurde. Durch die bis Ende Februar andauernde große Arbeitslosigkeit sind die Mittel der Organisation in ungeheurer Maße in Anspruch genommen worden und ist demzufolge auch eine Mindereinnahme zu verzeichnen.

Die Ortsverwaltung hatte inf. eines Zuschusses aus der Zentralkasse in Höhe von 614,05 Mk. eine Gesamteinnahme von 18 173,55 Mk., der eine Ausgabe in gleicher Höhe gegenübersteht. An Arbeitslosenunterstützung wurden 9166,50 Mk. und an Krankenunterstützung 3458 Mk. gezahlt. Die Lokalkasse hatte bei einem Bestande von 47 921,82 Mk. an Einnahmen und Beiträgen eine Einnahme von 56 147,57 Mk. An Ausgaben waren 6634 Mk. zu verzeichnen, so daß ein Bestand von 49 813,57 Mk. verbleibt. Die Einnahmen der Berliner Verwaltung betragen bei einem Bestande von 785,12 Mk. 2761,63 Mk. An Ausgaben waren 2426,70 Mk. zu verzeichnen, mithin ein Bestand von 334,93 Mk. Die Zahl der Mitglieder konnte um 70 gesteigert werden. Dieselbe betrug am 31. März 1911: 3285, darunter 195 weibliche. Die Lehrlings- und Jugendabteilung hatte an Einnahmen und Ausgaben 168,80 Mk. zu verzeichnen, darunter 39 Mk. für Krankenunterstützung. Die Mitgliederzahl dieser Abteilung betrug 147 gegenüber 133 am Schluß des 4. Quartals. Da sich durch die fortwährend steigende Mitgliederzahl und die Angemessenheit eines großen Teiles der Vertrauensleute, jeden Sonnabend mit einer größeren Anzahl von Büchern nach dem Bureau zu kommen und in jedes Buch eine Karte stecken zu lassen, die Arbeiten an diesem Tage kaum noch zu bewältigen sind, sah sich die Verwaltung in ihrer letzten Sitzung genötigt, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Im Auftrage der Verwaltung sprach der Kollege Wehber den Wunsch aus, die Vertrauensleute mögen es sich ansehn lassen, wohl jeden Sonnabend die Beiträge von den Mitgliedern in Empfang zu nehmen, diese dann aber nur alle 2-3 Wochen auf dem Bureau abzuliefern.

Weiter unterbreitet Kollege Wehber im Auftrage der Verwaltung den Antrag, wonach an Sonnabend Nachmittags keine Unerschöpfung ausgezahlt wird. Im Arbeitsnachweis ließen sich im Laufe des Quartals 728 Kollegen und Kolleginnen als arbeitslos eintragen. An Arbeitsstätten wurden 314 verlangt, wovon 242 Stellen besetzt werden konnten. Eine Diskussion über die Verträge wurde nicht beliebt. Die Anträge der Verwaltung gelangten einstimmig zur Annahme. Auf Antrag der Revision wurde dem Kassierer Bescheid erteilt. Einem Antrag der Verwaltung, dem Zentralvorstand den Ausschluß des Kollegen Robert Gehler, welcher beim Streik der Tapezierer Streikbrecher geworden ist, zu empfehlen, gibt die Verwaltung ihre Zustimmung.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zum 1. Mai, gibt Kollege Schulze nochmals die Beschlüsse bekannt, welche vom Hamburger Gewerkschaftskongreß sowie den Parteitag zu dieser Frage gefaßt sind und ermahnt die Anwesenden, für möglichst frühe Arbeitsruhe Sorge zu tragen. Wo jedoch die Verhältnisse es nicht gestatten, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, sich an den Sammlungen für die Maiausgesperrten zu beteiligen. Die Beschlüsse, welche in dieser Frage von den in Betracht kommenden Instanzen gefaßt sind, gehen dahin, daß jeder Kollege, welcher am 1. Mai gezwungen ist zu arbeiten, Marken im Betrag von mindestens 1 Mk. und die Kolleginnen solche von mindestens 50 Pf. zu entnehmen haben. Diese Sammlungen sind durchaus

freiwillig und darf kein Kollege dazu gezwungen werden, jedoch wird von jedem Kollegen erwartet, daß er den Beschlüssen nachkommt. Eine Diskussion über diese Ausführungen fand nicht statt.

Eine längere Diskussion zeitigte ein Antrag des Kollegen Loewe, welcher dahin geht, den Zentralvorstand um Aufklärung zu ersuchen betreffs Anstellung der weiblichen Hilfskraft im Zentralbureau. Die Meinung des Kollegen Loewe geht dahin, daß der Zentralvorstand kein Recht hatte, diese Hilfskraft anzustellen. Er ist der Meinung, daß wenn die Stelle ausgeschrieben wäre, sich gewiß genügend Kollegen gefunden hätten, die imstande gewesen wären, die Arbeit ebenso gut zu verrichten. Kollege Plum bemerkt zu diesem Antrage, daß diese Anstellung einstimmig durch Zentralvorstand und Ausschuß erfolgt ist. In Anbetracht der bevorstehenden Tarifbewegung der Portefeuller- und Meißerartikelbranche, sowie des Versprechens auf der Generalversammlung in Köln, daß die Tätigkeit des Kollegen Weinfeld so eingerichtet wird, daß er wie bisher die Interessen der Kollegenschaft in der Portefeullerbranche wahrzunehmen imstande ist, bestimmte Zentralvorstand und Ausschuß, keine Hilfskraft, sondern eine perfekte Korrespondentin, wie schon in vielen Zentralbureaus, einzustellen. Kollege Hans Schmidt schließt sich den Ausführungen des Kollegen Loewe an und bemängelt, daß dem Kollegen keine Nachricht von der Anstellung zugehen worden ist. In der weiteren Diskussion erklärten sich die Kollegen Wastala, Kimmel und Wenich mit den Ausführungen der Kollegen Loewe und Schmidt einverstanden, während die Kollegen Zwanzig, Wehber und Habermann die Handlungsweise des Zentralvorstandes und Ausschusses ablehnen. Beschlüsse konnten in dieser Angelegenheit nicht gefaßt werden. Als Vertreter zum Dresdener Gewerkschaftskongreß wurde der Kollege Ernst Schulze einstimmig gewählt.

Bremen. (E. 20. 4.) In der am 22. April abgehaltenen Versammlung wurde die Quartalsabrechnung, gelesen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Bekanntgegeben wurde, daß die Agitationskommission ihre Tätigkeit nach besten Können und unter Anwendung aller zu Gebote stehenden Mittel entfalten will und bittet die Kollegen, regelmäßig und derselben genügend Material herbeizuschaffen. Am 9. Mai findet eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Gauleiter Guldner aus Hamburg referiert. Unter Verschiedenem wurde die Mitarbeiterfrage erörtert. Es wurde beschlossen, daß alle diejenigen Kollegen, welche am 1. Mai nicht feiern, einen Beitrag nicht unter 50 Pf. zu entrichten haben. Das Geld soll dann für die, welche wegen der Mitarbeiter ausgesperrt werden, verwendet werden.

Freiburg i. S. (1. 5. 11.) Am 29. April fand die 1. Quartalsversammlung im Restaurant „Union“ statt. Der Besuch war gut. Der zweite Beschlüsse Gedachte des verstorbenen früheren Vorsitzenden, Kollegen A. Wagner, welcher sich keine Ruhe nehmen ließ, um die Zahlstelle immer weiter auszubauen und so in die Höhe zu bringen und zu halten. Zum Danke erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Kollege Dietel gab die Abrechnung für das 1. Quartal 1911, woraus zu entnehmen war, daß es mit den Kasßenverhältnissen wieder ein großes Stück vorwärts gegangen ist. Dann hielt Kollege Busch einen Vortrag über den 1. Mai, welcher in seiner festlichen Art und Weise von den Anwesenden gut aufgenommen wurde. Hierzu war der Verwaltungsvorstand ein Antrag über den einzuführenden Monatsausgaben. Kollege Kolmogorow gab zu diesem Antrag die Meinung vom Kartell kund. Nachdem noch einige Kollegen gesprochen hatten, wurde der Antrag wegen Mangel an Bedürfnis abgelehnt. Unter Punkt „Verschiedenes“ gab Kollege Busch einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegungen der Portefeuller und Meißerartikelhändler und der Mitarbeiter von Sachsen, desgleichen auf Wunsch noch von der Zeißer Bewegung. Kollegen, auch in dieser Versammlung war eine gute Stimmung vorhanden, trotz einiger Kollegen, welche ihren Weg noch nicht in unsere Versammlungen, die in der „Union“ stattfinden, gefunden haben. Darum, Kollegen, weg mit der Lokalfrage, gedankel, was uns bevorsteht. Nur Einigkeit macht stark.

**Aus anderen Organisationen.**

Der vorliegende Jahresabschluß des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zeigt in allen Details ein recht erfreuliches Bild. 170 Filialen mit 39 262 Mitgliedern stehen den am Jahresabschluß 1909 vorhandenen 132 Zahlstellen mit 32 488 Mitgliedern gegenüber, was einen Zuwachs von 6774 Mitgliedern bedeutet.

Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen fanden im Berichtsjahre an 124 Orten und für 731 Betriebe mit 71 218 Beteiligten statt. Die Erfolgsliste dieser Bewegungen ergaben eine Verkürzung der Arbeitszeit für 5374 Personen von 24 402 Stunden oder pro Kopf 4,54 Stunden. Die erwirkte Lohnhöhung bezifferte sich auf 27 851,88 Mk. pro

Woche für 20 204 Personen. Angriffstreife fanden im Jahre 1910 vier statt mit 177 Beteiligten. Erfolgreich endeten zwei Streiks mit 65 Beteiligten, während ein Streik mit vollem Erfolg und einer mit teilweisem Erfolg abgeschlossen wurde. Der Abschluß von Tarifverträgen wurde in 6 Fällen für 369 Personen erzielt. Die Gesamtaufwendungen für alle Lohnbewegungen betragen 59 973 Mk. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 811 736 Mk., die Ausgaben 674 318 Mk. Von letzteren entfielen auf Streikunterstützung 38 485 Mk., Genossenschaftsunterstützung und Rechtschutz 9405 Mk., Streikunterstützung 29 568 Mk., Gewerkschaftsunterstützung Arbeitslosen- und Krankenunterstützung) aus der Hauptkasse 114 772 Mk., während die Filialen 30 279 Mk. zahlten, insgesamt mithin 145 051 Mk. Des Gesamtvermögens bezifferte sich am Schluß des Rechnungsjahres 1910 auf 467 196 Mk.

Der Deutsche Holzarbeiterverband zählte am Schluß des 4. Quartals 1910 in 844 Zahlstellen 165 082 Mitglieder. Davon waren 139 389 männliche, 5040 weibliche und 613 jugendliche Mitglieder. Gegenüber dem 3. Quartal sind dies 3180 männliche, 381 weibliche und 190 jugendliche Mitglieder mehr, während die Zunahme gegen das Vorjahr 10 935 männliche, 1836 weibliche und 144 jugendliche Mitglieder beträgt.

Die Gesamtsumme der vereinnahmten Beiträge beträgt 3 883 008 Mk., wovon 48 112 Mk. auf die weiblichen und 3505 Mk. auf die jugendlichen Mitglieder entfallen. An Ertragsbeiträgen gingen im Jahre 1910 598 379 Mk. ein. Für Streife wurden von der Zentralkasse 905 336 Mk. und von den Lokalkassen 412 648 Mk. verausgabt. Unterstützung gelangte zur Auszahlung an Reisende 21 227,17 Mk., Arbeitslose 332 760,28 Mk., Streifende 412 648,48 Mk., Kranke 209 637,05 Mk., Genossengelder 19 516,54 Mk., in sonstigen Fällen 55 187,59 Mk. Das Gesamtvermögen beträgt 4 606 117 Mk.

Der Deutsche Bauarbeiterverband im am 1. Januar d. J. mit 241 848 Mitgliedern und zwar mit 169 645 vom Kantar- und 72 203 vom Bauhilfsarbeiterverband ins Leben getreten. Gegenwärtig ist der Verband auf 285 000 Mitglieder gewachsen, so daß die Zunahme im ersten Quartal mit 24 000 nicht zu niedrig geschätzt sein dürfte. Die Auflage des „Grundstein“ beträgt 21 500 Exemplare, wogzu noch 8500 Stadtkalender in fremder Sprache kommen. Der Verband verfügt über ein Gesamtvermögen von 6 377 377 Mk.

Den Tapezierern in Hamburg wurde die bisher 33stündige Arbeitszeit höflichweise auf 51 Stunden verkürzt. In Danzig, Magdeburg, Altona und Braunschweig wurde eine 53stündige Arbeitszeit festgelegt. In Gotha, Eisenach, Jena, Chemnitz, Wiesbaden, Düsseldorf, Bielefeld, Brandenburg, Celle, Lüneburg und Somburg v. d. S. beträgt die tarifliche Arbeitszeit 54 Stunden. In Freiburg i. Baden beträgt die Arbeitszeit noch 57 Stunden pro Woche inf. der Frauen. Diese Abschlüsse bedeuten für einzelne Orte eine Verkürzung der Arbeitszeit von 3-6 Stunden pro Woche. Die Mindesthöhe erfahren in allen Orten eine wesentliche Erhöhung. Im Streik stehen noch die Tapezierer in Kiel, Lübeck, Erfurt, Königsberg, Guben und Regensburg.

Alle Lohgerber in Elmshorn sind ausständig, weil ihnen die geforderte Lohnhöhe von 2 Pf. die Stunde nicht bewilligt worden ist. Die städtischen Arbeiter Dresdens fordern eine 15prozentige Lohnhöhung. Die Stadtverwaltung in Kolberg verlangt von den in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeitern, daß sie bei ihrem Wiedereintritt einen Schwere unterschreiben, wonach sie erklären, aus der Organisation auszutreten. Dies Verhalten einer Kommunalverwaltung ist schon deshalb nicht am Platze, weil sie in dem im Februar d. J. abgeschlossenen Tarifvertrag die Organisation anerkannt hat. Die Verhandlungen auf der Schiffsauwerft in Danzig sind gescheitert. Im Streik befinden sich 789 Mann, ausgesperrt sind 636, wovon 151 nicht organisiert sind. In der Gipsindustrie in Badenhausen i. Ostpr. wurde ein Tarif abgeschlossen. Der Kampf der Former in Chemnitz hat den Schornstein die wohlverdiente Niederlage gebracht. Am 27. April wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem den Arbeitern folgende Zugeständnisse gemacht wurden: Die Arbeitszeit wird auf 56 Stunden die Woche reduziert, ohne daß der Lohn gekürzt wird. Für Überarbeit und Sonntagsarbeit wird Zeitlohn- und Akkordarbeitern 20 Proz. Zuschlag gezahlt. Die Lohnzulagen schwanken zwischen 1 und 5 Pf. die Stunde.

Die Aussperrung der Kürschner in Leipzig und Umgebung wurde durch Verhandlungen beigelegt. Anstatt die Arbeiter zur Unterwerfung zu zwingen, haben die Unternehmer Zugeständnisse machen müssen.

In Vädenscheid hatten mehrere hundert Metallarbeiter den Beschluß gefaßt, die freitenden Schmiedefabrikanten in ihrem Kampfe durch einen Sympathiestreik zu unterstützen. Als Antwort beabsichtigten die Unternehmer eine Aussperrung in größerem Maßstabe. Nachdem 10 Proz. Lohn-erhöhung bewilligt und die Wiedereinstellung aller Streikenden zugesichert worden ist, wurde die Kündigung zurückgezogen und damit die Aussperrung vermieden.

**Soziales.**

**Vom Schlachtfeld der Arbeit.** Nach den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes sind 139 070 Arbeiter im Jahre 1909 in unfallberufspflichtigen Betrieben durch Unfälle getötet oder so schwer verletzt worden, daß sie über 13 Wochen an den Folgen des Unfalles litten und deshalb Unfallrente erhielten. Die Gesamtzahl der im Vertriebe verunglückten Arbeiter ist noch weit größer. Sie beträgt 664 247. Bei 139 070 ist eine Rente im Jahre 1909 festgesetzt. In den übrigen Fällen war entweder Bestimmung vor Ablauf der 13. Woche vollendet oder die Fälle schweben noch oder die Zuerkennung einer Rente ist abgelaufen. Die Ziffern für die festgestellten Renten sind ein klein wenig günstiger als vom Jahre 1908. Damals betrug die Zahl der festgestellten Entschädigungsfälle 142 965 (darunter 9856 Todesfälle). Leider berechtigt dieser Unterschied durchaus nicht zu dem Schluß, daß die Unfälle abgenommen haben. Denn es zählte die Armee aller Unfallverletzten im Jahre 1908 insgesamt 662 321 gegen 664 247 im Jahre 1909. Erfahren läßt sich nicht, in wieviel von diesen angemeldeten Fällen eine Verzögerung bei der Rechtsprechung eingetreten ist, und nicht gering mag die Zahl der Fälle sein, in denen Dank der Verschlechterung der Rechtspflege in Unfallfällen zumungunsten der Arbeiter erkannt ist.

**Eine Verbesserung der Witwen und Waisen ist die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene „Witwen- und Waisenrente“,** denn die Witwe erhält gar keine Witwenrente, sondern nur für den Fall, daß sie völlig erwerbsunfähig im Sinne der Versicherungsordnung wird, eine Invalidenrente, und zwar in schamlos niedriger Höhe. Hatte der verstorbene Ehemann 10 Jahre lang in der niedrigsten Klasse gelebt, so erhält sie einen Betrag von ganzen 72,00 M. jährlich, also gegen 20 Pf. täglich. Der gleiche Satz wird erreicht, wenn der verstorbene Ehemann 50 Jahre hindurch in der höchsten Klasse gearbeitet hatte. Er beträgt dann 170,40 M. jährlich, also gegen 47 Pf. täglich. Nicht viel anders verhält es sich mit der „Waisenrente“. Hinterläßt der verstorbene Vater, der zehn Jahre lang in der niedrigsten Lohnklasse gearbeitet hat, ein Kind, so beträgt die an das Kind bis zu seinem vollendeten 15. Lebensjahr zu zahlende Kinderrente volle 36,60 Mark jährlich oder 10 Pf. täglich. Hinterläßt er zwei Kinder, so beträgt die Rente für beide Kinder zusammen 63,60 M. oder 9 Pf. für jedes Kind täglich. Für drei Kinder beträgt die Rente 90 M. jährlich zusammen oder pro Kopf 8 Pf. täglich. Der Höchstfuß einer Kinderrente, wenn also 50 Jahre hindurch stets in der höchsten Lohnklasse gelebt war, beträgt für ein Kind 85,20 M. jährlich oder 23 Pf. täglich, für zwei Kinder 120 M. oder 17 Pf. für den Tag und Kopf, für drei Kinder 155,40 M. oder 14 Pf. für den Tag und Kopf.

Diese „hohen“ Renten werden fernerlich die Arbeiterfrauen anspornen, gemeinschaftlich mit den Männern den Kampf gegen die Reichsversicherungsordnung aufzunehmen.

**Der Zentralverband deutscher Industrieller** hielt am 28. April in Berlin eine Delegiertenversammlung ab, welche sich gegen die Reichsversicherungsordnung wendete. Der Referent, Regierungsrat a. D. Schweighofer, stellte die vage Behauptung auf, daß keine Interessensvertretung an der sozialpolitischen Gesetzgebung so mitgearbeitet habe als der Zentralverband deutscher Industrieller. Wenn er zu dem jetzt im Reichstage zu beratenden Entwurf seine bedingungslose Zustimmung nicht geben kann, so war doch seine Stellung nicht grundsätzlich ablehnend. Der Redner glaubt feststellen zu können, daß die Reichsversicherungsordnung den Arbeitern Vorteile bringt, die andere Länder gar nicht kennen. Er wendet sich gegen die Benachteiligung der Betriebskrankenkassen, gegen die Ausdehnung der Mehrleistungen, gegen die unzureichende Lösung der Arztfrage, dagegen stimmt er der Neuordnung der Bestimmungen über die Ortskrankenkassen zu. In der Unfallversicherung erklärt er sich gegen die Erweiterung des Umfangs und die Steigerung der Leistungen, sowie gegen die Vorschriften über die Rücklagen, bei der Invalidenversicherung gegen die Kinderzuschüsse, im ganzen gegen die Schaffung von Versicherungsämtern.

Es wurde dann eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß in dem Entwurf auch in der jetzigen Gestaltung der Vorlage eine unangenehme Veränderung unserer Arbeiterversicherung erblickt wird.

Durch die immer fortschreitende Vermehrung der Zahlen der Versicherung wird nicht nur die Ausfuhrmöglichkeit, sondern schließlich auch der Bestand der deutschen Industrie überhaupt in Frage gestellt werden. Der Zentralverband deutscher Industrieller ist der Zusage, daß es möglich ist, noch in den Plenarberatungen des Reichstages den Gesetzentwurf erträglich zu gestalten. Sollte dies nicht zu erreichen sein, so würde der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes der Vorzug zu geben sein.

**Die Ortskrankenkasse der Sattler Berlins** kann in bezug auf Entwicklung und Leistungen für die ihr angehörenden Mitglieder mit Befriedigung auf das Geschäftsjahr 1910 zurückblicken. Der Mitgliederstand erhöhte sich im Laufe des Jahres von 4290 auf 4489. Die Höchstzahl mit 4708 war am 1. Mai zu verzeichnen. Dem Reservefonds, der jetzt 149 859 M. beträgt, konnten 30 645 M. zugeführt werden. Die Kasse vereinnahmte 257 572 M., sie verausgabte inklusive der Abführung an den Reservefonds 258 983 M. Das Gesamtvermögen betrug am Jahreseschluß 167 381 M., oder 33 009 M. mehr wie im Vorjahre. Bei 37 Sterbefällen war 16mal die Tuberkulose die Todesursache. Von den an dieser verderblichen Krankheit Verstorbenen erreichten ein Alter von 15 Jahren 1, 18 Jahren 1, 22 Jahren 3, 23 Jahren 1, 26 Jahren 1, 29 Jahren 2, 32 Jahren 2, und je einer wurde 33, 37, 39, 47, 50 und 73 Jahre alt. Während die Ausgaben für ärztliche Behandlung, Arzneien, Krankengeld usw. auf den Kopf der Mitglieder gerechnet in den letzten 15 Jahren erheblich gestiegen sind, sind die Verwaltungskosten gefallen.

Auf ein Mitglied entfallen an Ausgaben für

ärztl. Behandlung	Kosten in Geldmittel	Krankengeld an Mitglieder	Arbeitslohn Unterhaltungs-Unterrichtungs-Unterrichtung	Sterbegeld	Rücklagen	Verwaltungskosten	Ertragsteuern	sonstige Beiträge	sonstige Ausgaben	Verwaltungskosten
M. M.	M. M.	M. M.	M. M.	M. M.	M. M.	M. M.	M. M.	M. M.	M. M.	M. M.

1899/1900 2,83,17 6,246,140,060,992,561,91 0,69 7,4 2,91  
 1910/11 834,3015,100,660,440,804,883,11 1,90 6,16 2,45

Angeichts solcher Zahlen wagen fanatische Gegner, daß die Selbstverwaltung den Ortskrankenkassen genügen wird.

**Wegen die antisoziale Ausgestaltung der Reichsversicherungsordnung** protestierte die deutsche Arbeiterschaft in gut besuchten Versammlungen und nahm folgende Resolution an:

Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung, der dem wieder zusammen tretenden Reichstag zur Annahme vorliegt, beschränkt die ohnehin schon recht spärlichen Rechte der versicherten Arbeiter und Arbeiterinnen in der unerträglichsten Art und Weise.

Große Schichten der Bevölkerung bleiben nach wie vor von der Versicherung ausgeschlossen, die Verfolgung der Rechtsansprüche Unfallverletzter sind aufs härteste erschwert, die Witwen- und Waisenrenten werden auf einen Satz normiert, der zur allerknappsten Lebensnotdurft niemals ausreicht, die Witwenrente soll nur invaliden Witwen zuteil werden und verliert damit fast jede Bedeutung für die arbeitenden Klassen.

Neben zahllosen weiteren Verschlechterungen der bestehenden Zustände wird die Verwaltung der Krankenkassen und aller Versicherungsinstitutionen den Arbeitnehmern völlig entzogen. Die hohen Beiträge und der Zweidrittelanteil der Arbeiter bleiben, das Mitspracherecht der Arbeiter aber wird in schänder Weise eskamotiert und an die Behörden ausgeliefert.

Mit Entrüstung protestieren die Versammelten gegen den neuen Versuch, die deutsche Arbeiterschaft noch mehr zu entrechten und zu verarmen zu lassen.

Die Versammlung ruft alle gerecht und billig denkenden Elemente des Volkes, jeden freisinnig fühlenden zum nachdrücklichen Protest gegen den schamlosen Entwurf auf, welchen der schwarzblau-Blod im Bunde mit den Scharfmachern dem deutschen Volke zu bieten wagt.

Die Anwesenden verpflichten sich insgesamt zu energischem Kampfe gegen die jetzige volksfeindliche Reichstagsmehrheit, sie beschließen, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis der Wille der Arbeiterschaft durch die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter zur Geltung gebracht wird.

Die Versammelten erwidern in der Stürzung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und im Leiden der Arbeiterklasse den ersten Schritt zur Durchführung des wahren Volkswillens, sie werden unablässig wirken und agitieren, die Freunde dieses Entwurfes der Reichsversicherungsordnung aus allen gesetzgebenden Körperschaften zu entfernen.

**Rechtsprechung.**

**Hat ein ausgeschlossenes Verbandsmitglied Anspruch auf Rückerstattung der geleisteten Beiträge?** Diese Frage wurde vom Amtsgericht in Charlottenburg beantwortet und der Kläger kostenpflichtig abgewiesen. Der Porzellanrechner E. M. schloß sich am 1. Juli 1906 seiner Berufsorganisation an, zahlte anfänglich die Beiträge pünktlich, kam aber schließlich mit 19 Wochen in Rückstand. Trotz mehrfacher Mahnung kam er seiner Verpflichtung nicht nach, weshalb er auf Grund des Statuts ausgeschlossen wurde.

Jetzt strengte M., dem zu diesem Zweck das Armenrecht bewilligt wurde, gegen den Verband die Klage an. Und zwar forderte der Rechtsbefehl des Klägers, daß in erster Linie der Ausschluß von M. aus dem Verband aufgehoben werden sollte, zum anderen aber - wenn der Ausschluß nicht rückgängig gemacht werden würde - die Rückzahlung von 190 M., Sowie machten nämlich die von M. während seiner Mitgliedschaft im Verband gezahlten Beiträge aus. Begründend wurde angeführt, daß der Ausschluß zu Unrecht erfolgt sei. Wenn M. mit den Beiträgen in Rückstand gekommen war, so hätte das daran gelegen, daß er sein Verbandsbuch verloren habe und ihm auf wiederholtes Ansuchen bei dem Zahlstellenleiter von diesem ein Ersatzbuch nicht besorgt worden sei.

In seiner Gegenklage wies der Verbandsvor sitzende Volkmann vor allen Dingen darauf hin, daß prinzipiell die Klageverdrängung der Schlußsatz des § 3 des Verbandsstatuts geltend zu machen ist, in dem es heißt, daß freiwillig oder unfreiwillig ausschließende Mitglieder ein Anrecht an das Verbandsvermögen nicht haben. Sachlich aber lasse sich gegen die Klageklage anführen, daß einmal wegen des Abhandlungens des Rechnungsbuches durch seine Unterbrechung der Beitragsabzahlungen um 19 Wochen einzutreten brauche, zum anderen sich M. aber überhaupt ernstlich um ein Ersatzbuch nicht bemüht habe. M. ist nicht sofort aus dem Verband ausgeschlossen worden, sondern erst nachdem er wiederholt von der Zahlstellenverwaltung zur Teilnahme an Sitzungen und vom Vorstand zur Nachzahlung seiner Beitragsreste schriftlich aufgefordert worden sei.

Diesem Argument schloß sich denn auch im wesentlichen das erkennende Gericht an. Wohl war der Richter der Ansicht, daß ein Klagerrecht eines Mitgliedes trotz der Bestimmung im § 3 des Statuts gegen den Verband bestehen könnte. Aber eine klare Entscheidung über diese Frage ist in dem Urteil nicht enthalten. Vielmehr beschränkt sich das schriftliche Urteil auf folgende Sätze:

„Es kann dahingestellt bleiben, ob der Rechtsweg für den Kläger überhaupt ausgeschlossen ist. Meinestfalls konnte der Kläger klagen, bevor er die statutenmäßigen Instanzen des Vereins angerufen hatte. Es kann dahingestellt bleiben, welche Instanz für ihn in Frage kam, und es genügt die Feststellung, daß solche Instanzen, mindestens aber eine solche, von den Statuten vorgegeben werden. Die eine ist die Generalversammlung, von der es im § 38 der Statuten heißt: „Sie entscheidet in letzter Instanz über die Ausschließung von Mitgliedern wegen Zuwiderhandlungen gegen die Statuten.“

**Rundschau.**

**Freie Gewerkschaften und Tarifverträge.** Die Darlegungen des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in seinem letzten Jahresbericht über den Abschluß von Tarifverträgen finden in der Presse lebhaften Widerhall. In dem Bericht wird ausgeführt, daß der Tarifvertrag mit dem sozialdemokratischen Programm unvereinbar sei. Nur „bedingungsweise habe sich die sozialdemokratische Partei mit den Tarifverträgen abgefunden“. Diese Bedingung sei, daß „der Tarif nur als vorübergehendes Mittel zur Steigerung der Macht der Arbeiter“ angesehen wird. Ist das erreicht, ist „der Tarif ein überwundener Standpunkt“. Für die christlichen Gewerkschaften hingegen sei der Tarif aber eine notwendige Folge der heutigen Wirtschaftsordnung, die zur gewerblichen Ordnung führt. Soweit der Ausschluß, der überhaupt über Tarifabschlüsse nichts zu schreiben hätte, wären nicht die freien Gewerkschaften da, die erst die sogenannte gewerbliche Ordnung durch ihre Zahl und Kampfe eingeführt. Daß die politische Partei der Arbeiter die Tarifbestrebungen an Bedingungen knüpft haben, entspringt wohl nur der bekannten großen Phantastik des christlichen Berichterstatters. Dagegen mag der Berichterstatter Recht haben, daß die freien Gewerkschaften in den Tarifverträgen nicht ihr Endziel sehen, sondern sie betrachten, wie auch der christliche Berichterstatter selbst, die Tarife als notwendige Folge unserer heutigen Wirtschaftsordnung. Diese Wirtschaftsordnung ist aber für die freien Gewerkschaften noch nicht abgeschlossen, und darum werden sich neue und andere Folgerungen noch an sie

knüpfen, als die Tarifverträge sind. Zum Beispiel der Kampf um jene Gleichberechtigung der Arbeiter, der hin und wieder in lichten Stunden auch von christlichen Gewerkschaftsorganen als notwendig anerkannt worden ist. Uns dünkt dieser Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeiter und der Kampf um eine gerechtere Bestimmung in der Verteilung des Arbeitsertrages, als ihn die Tarifverträge von heute bringen, wichtig genug, daß wir auf dem Wege dahin auch die Tarifverträge mit in Kauf nehmen. Die christlichen Gewerkschaften sollten doch froh sein, daß es so ist. Woher sollten sie sonst in die Lage kommen, Tarifverträge aufzuweisen. Aus eigener Kraft haben sie doch nicht Luft genug, um den Arbeitgeberorganisationen zu imponieren. Träger der Tarifbewegung sind nun einmal die freien Gewerkschaften. Was der Berichterstatter da heute in seinem Bericht, in christliche Chmucht und nichts als Chmucht.

**Preisauschreiben als Melkame.** Eine Margarinefabrik, die das übliche Versandgeschäft in Reumpfandpaketen betreiben möchte, wendet folgenden Melkame an: Sie erläßt große Inserate, in denen ein Preisauschreiben angekündigt wird. Das Preis- u. Werbemittel haben „freundlichkeit“ die Besitzer der Fabrik selbst übernommen. Sie reagieren jedoch nur auf Einkündigungen, denen ein Guttschein beiliegt. Diese Guttscheine erhält man bei Bezug eines Pakets. Da drei Fragen gestellt sind und für die Beantwortung jeder Frage ein besonderer Guttschein beizulegen werden muß, ist also jeder Teilnehmer gezwungen, 27 Pfund Margarine zu beziehen, um überhaupt die Aussicht zu haben, von den Preisen etwas zu erhalten. Das ganze ist natürlich ein klöder Melkame, zugeschnitten auf die, die nicht alle werden. Bei dem Bezug aus dem Konsumverein ist nicht nur für die Qualität der Ware wehe Garantie geboten als bei diesen Versandbetrieben, sondern es fallen auch die ganzen Spesen, die dieser Kummel mit sich bringt, fort.

**Als politisch erklärt** wurde durch eine Verfügung des Vizepräsidenten Herrn v. Jagow der Berliner Arbeiterradfahrerverein, weil in einer öffentlichen Arbeiter-Radfahrerverammlung am Karfreitag in Berlin die Wahl eines Vertrauensmannes der Berliner Arbeiter-Radfahrer, der während des bevorstehenden Wahlkampfes die Agitationsarbeiten der Arbeiter-Radfahrer zu leiten und zu regeln hat, vollzogen wurde. Da aber die Versammlung eine öffentliche und zum großen Teile von Radfahrern besucht war, die dem Verein nicht angehören und auf das, was dort vorging, auch der Verein als solcher nicht den geringsten Einfluß haben konnte, dürfte Herr v. Jagow bei seinem Versuch, dem Berliner Arbeiter-Radfahrerverein daraus einen Strich zu drehen, kein Glück haben. — Der Verein ist vorläufig nicht gewillt, dem Verlangen des Herrn v. Jagow zu entsprechen. Es werden also zunächst die Gerichte zu entscheiden haben, und es bleibt abzuwarten, ob nicht zu den verschiedenen früheren Reinfällen des Herrn v. Jagow sich ein neuer gesellen wird. Auch der Berliner Arbeiterradfahrerverein in „Richte“ wurde von Herrn v. Jagow für politisch erklärt.

Der Verein Deutscher Arbeiterverbände hat nach Mitteilungen in der „Arbeitgeber-Zeitung“ im Jahre 1910 53 Verbände mit 890 Unterverbänden umfaßt, welche insgesamt 1 700 000 Arbeiter beschäftigen. Im Berichtsjahre wurden der Geschäftsjahresstelle 150 Arbeiterbewegungen angezeigt; die Zahl der durch Streik und Aussperrung ausgefallenen Arbeitstage betrug angeblich etwa 10 1/2 Millionen, von denen 9 Millionen auf Aussperrungen entfallen. Als die größte Bewegung mit etwa 8 1/2 Millionen ausgefallenen Arbeitstagen ist die Aussperrung im Bauwesen anzusehen, zu dessen Unterstützung der Verein im Frühjahr 1910 einen Unterstützungsfonds errichtete. Der Ausschluß sagte den Reichstag, den nicht zur Auszahlung gelangten Rest des Unterstützungsfonds, in Höhe von 54 000 Mk., an die in erheblichem Maße an der Aufbringung der Mittel beteiligten Verbände zurückzugeben.

In der Gesellschaft des Vereins Deutscher Arbeiterverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, die am 27. März in Berlin tagte, wurde aus dem Geschäftsbericht mitgeteilt, daß sämtliche für das Jahr 1910 von 12 Gesellschaften angemeldeten 2 204 857 Mann Tage als entschädigungsrechtlich anerkannt wurden. Davon entfielen 1 275 483 auf Streiks und 929 374 auf Aussperrungen. Der Hauptanteil entfällt auf die Gesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen mit 1 757 798 Mann Tagen, die hauptsächlich von dem Werftarbeiterkampf herrühren. Da der vorhandene Entschädigungsfonds in Höhe von 185 217,23 Mk. nicht ausreichte, beschloß der Ausschuß, 20 800 Mk. aus dem Dispositionsfonds zu entnehmen und sie zur Auszahlung der Entschädigung für das Jahr 1910 mit zu verwenden. Es wurden insgesamt 205 800 Mk. ausgeschüttet. Nach

Abzug dieser Entschädigungen verjagt die Gesellschaft noch über ein Vermögen von rund 132 000 Mk.

Die Werftarbeiteraussperrung hat also auch mit dem eigentlichen Kriegsausbruch der Unternehmern aus aufgeräumt. Die Organisationen der Arbeiter wollte man zum Weichbluten bringen und das Gegenteil hat man erreicht, in der eigenen Kasse ist der Tailes eingeleitet.

**Das schreiende Unrecht der indirekten Steuern** illustriert wider seinen Willen in der Wochenchrift „Heber Land und Meer“ der Schriftsteller Friedemann, indem er über die „kleinen Ausgaben der Billionäre“ — die es vielleicht nicht gibt, während schon Milliarden keine Seltenheit sind! — folgende Berechnung aufstellt: „Angenommen, der Herr über eine Million hat den Einfall, mit seinen unermeßlichen Mitteln die Existenz eines „gewöhnlichen“ Millionärs zu kopieren — in der Weise, daß er jede Ausgabe des Millionärs genau nach dem Maße seiner höheren Leistungsfähigkeit wiederholt. Dem Dienstmädchen, das ihm abends die Tür aufschließt, drückt er als Trinkgeld einen Schekel über eine Million in die Hand. Eine Schachtel Streichhölzer kostet ihm 30 000 Mark; eine gute Zigarre dreiviertel Millionen. Für einen Anzug zahlt er 100 Millionen, für ein Reitpferd 3 Milliarden. Das Gehalt seines Küfers erreicht die Höhe des deutschen Reichs-Etats . . . Das alles natürlich, ohne daß er sich darum im geringsten stärker belastet, als der bürgerliche Wohlhabende — der Millionär.“ — Kann man sich eine wirksamere Darstellung der Schändlichkeit des indirekten Steuersystems denken, als diesen „Scherz“? Denn Billionär, Milliardär, Millionär zahlen bekanntlich für eine Schachtel Streichhölzer nicht mehr Steuer, als der Altersrentner mit 33 1/2 Pfennigen Einkommen pro Tag, sie laden für ein Pfund Salz, für ein Stück Brot, für ein Glas Bier — wenn sie dieses proletarische Geißel überhaupt über ihre Rippen rinne lassen — nicht einen roten Pfennig mehr an den Vater Staat, den allgerechten, ab, als die ärmste Witwe, die gezwungen ist, sich mit einem Häuflein unversorgter Kinder durchs Leben zu schlagen! Des Deutschen Reiches weisheitbegabete Steuerkünstler aber liegen Tag und Nacht auf der Lauer, um weitere unentbehrliche Pedarfsartikel der breiten Massen des Volkes mit solchen Steuern zu beglücken! Wer möchte da noch zweifeln, daß es gerecht zugeht auf dieser „besten aller Welten“?

**Sterbetafel.**

Breslau. Josef Berger, Koffertattler, 35 Jahre alt.  
 Elm a. D. Franz Schremmel, Militärtattler, 18 Jahre alt.  
 Ehre ihrem Andenken!

**Bücherchau.**

Der Essener Weineidsproß gegen Schröder und Genossen im Wiederkaufnahmeverfahren. Mit 6 Vortrats und 1 Plan. (64 S.) Dortmund, Max König. Preis 20 Pf., Bibl.-Ausgabe 40 Pf.

Große Prozesse bilden Kulturdenkmale im Leben der Völker; an ihnen erweisen sich die Fortschritte der Kultur, sie sind Stationen der Umkehr, wenn die Rechtspflege auf Abwege geraten. In die Reihe dieser Prozesse gehört auch der Essener Weineidsproß. Das Wiederkaufnahmeverfahren führte zum Zusammenbruch der ursprünglichen Anlage und des vor 16 Jahren gefällten Urteils, und zusammen brach auch die beliebte juristische Richtung der Tendenzprozesse. Die Prosidüre schildert in den einzelnen Kapiteln in kurzen Zügen die Vorgeschichte des Falles, die Verhandlung im Jahre 1895 mit ihren Nebenprozessen und die erucute Verhandlung im Februar d. J., letztere in den markantesten Zügen. In einem Schlusswort wird auf die politische Tragweite des Prozesses hingewiesen. Wer Klagenurteile mürben will, findet in der Prosidüre hinreichend Stoff. Wir wünschen ihr daher die weiteste Verbreitung; der billige Preis von 20 Pf. macht jedem die Anschaffung möglich. Für Bibliotheken ist eine bessere Ausgabe auf holzfreiem Papier erschienen.

**Adressenänderungen.**

Plauen i. Vogt. B. R. Vorjucht, Kohnstraße 132 part. RU. 4-6 Uhr abends.  
 Kiel. RU. bei K. A. Behne, Mohrt. 24 III, 7-8 Uhr abends.

**Verammlungskalender.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns eintreffen.)

- Bautzen. Sonnabend, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Stadt Zittau“.
- Strasbourg i. G. Sonnabend, den 13. Mai, abends 9 Uhr, „Zum Falken“, Zinkentfaden.
- Frankfurt a. M. Mittwoch, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses, Aufganga B.
- Stuttgart. Samstag, den 13. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gßlinger Straße 13.
- Brandenburg a. H. Mittwoch, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Volksbause.
- Wrocław. Sonnabend, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Goldenen Kreuz“.
- Offenbach a. M. Dienstag, den 9. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Aufganga 9: Generalversammlung.
- Kaiserslautern. Sonnabend, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zu den drei Mohnen“, Stadtweierstr. 1.

**Anzeigen**

**Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsgenossen Deutschlands, E. G. 64 zu Berlin.**

Quartalsversammlungen.  
 Braunschweig. Dienstag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Werder 32.

**Tüchtige Sattler**  
 auf Vulcan-Fibre-Koffer finden dauernde Beschäftigung  
 Gachler & Wälder, Magdeburg-Wf.

**Gesucht**  
 tüchtige Feilarbeiter auf englische Herren- u. Damensättel. Stellung dauernd.  
 H. Passler & Sohn, Sattler, Hannover.

**Sattelmacher,**  
 die im Anfertigen von Armesätteln perfekt sind, zum sofortigen Eintritt gesucht.  
 Rudolf Guillaume, Sattelfabrik, Mülheim-Rhein.

**Mehrere tüchtige Sattler,**  
 welche in der Herstellung von Lederreit- für Prämienfeldritzer beivandert sind, werden bei hohem Verdienste und dauernder Beschäftigung gesucht. Offerten mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften erbeten an  
 Voigtländer & Sohn, A.-G., Braunschweig.

**Tüchtiger Portefeuller**  
 ins nahe Ausland gesucht bei guter Bezahlung und Reiseentschädigung. Gest. Offerten erbeten an  
 Otto Huber, Stuttgart, Rosenbergr. 31.

**Lederschärfererei,**  
 saubere Arbeit, billige Preise, schnelle Bedienung.  
 Berlin SO., Reichenbergerstr. 159, Cuerg. III.

**Werkzeuge, Beschläge, Nieten u. Stifte.**  
 Spezialität von C. Neubauer, Offenbach a. M.  
 Lieferung sofort ab Lager.

**Kaufe Lederwaren,**  
 Abfälle, Stifte, Kattun, Drucktüpfe usw. — Komme auch auswärts.  
 J. Knopf, Berlin N. 54, Lothringersstr. 17.

**Lehrbücher für Sattler:**  
 Veraerhoff, Der moderne Tapezierer . . . 7,50 Mt.  
 Bucheler, Wie legt u. beh. man Einoleum? 2,70  
 Morgenstern, Der Sattler als Zuschnneider 5,00  
 Raufsch, Der Wagenfabrikant . . . . . 9,00  
 Reinfisch, Der Wagenkasten und sein Plan 5,00  
 Reuter, Die Schule des Tapeziers . . . 7,50  
 Schäfer u. Raufsch, Handbuch f. Sattler 9,00  
 Schäfer, Zuschnneider der Sattler-Arbeiten 7,50  
 Zu beziehen durch:  
 Joh. Passenbach, Berlin SO. 16.  
 Bei Einfindung d. Betrages erfolgt franco-Zufendung.